

Bulmahn, Thomas

Working Paper

Vereinigungsbilanzen: Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften

WZB Discussion Paper, No. FS III 96-403

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Bulmahn, Thomas (1996) : Vereinigungsbilanzen: Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften, WZB Discussion Paper, No. FS III 96-403, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/50197>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Veröffentlichungen der Abteilung *Sozialstruktur und Sozialberichterstattung* des
Forschungsschwerpunktes *Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse*
des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

FS III 96-403

Vereinigungsbilanzen

Die deutsche Einheit im
Spiegel der
Sozialwissenschaften

Thomas Bulmahn

9. November 1996

Abteilung „Sozialstruktur und
Sozialberichterstattung“
im Forschungsschwerpunkt III

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
• Reichpietschufer 50 • D - 10785 Berlin
Telefon 030-25 491-0

Das vorliegende Dokument ist die pdf-Version zu einem Discussion Paper des WZB. Obschon es inhaltlich identisch zur Druckversion ist, können unter Umständen Verschiebungen/Abweichungen im Bereich des Layouts auftreten (z.B. bei Zeilenumbrüchen, Schriftformaten und –größen u.ä.) Diese Effekte sind softwarebedingt und entstehen bei der Erzeugung der pdf-Datei. Sie sollten daher, um allen Missverständnissen vorzubeugen, aus diesem Dokument in der folgenden Weise zitieren:

Bulmahn, Thomas: Vereinigungsbilanzen: Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften. Discussion Paper FS – III 96-403. Berlin : Wissenschaftszentrum, Berlin 1996.

URL: <http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/1996/iii96-403.pdf>
gesichtet am: ...

Abstract

Im vorliegenden Beitrag wird die Diskussion der soziologischen und politologischen Forschung zur Wiedervereinigung Deutschlands vergleichend analysiert. Die Positionen reichen von der These einer alles in allem gelungenen, sich stabilisierenden Transformation über Thesen, die auf neu entstehende Ost-West-Differenzen aufmerksam machen, bis zur These, Ostdeutschland sei von westdeutschen Akteuren kolonialisiert und die Einheit Deutschlands sei verfehlt worden.

Die kritische Durchsicht der Vereinigungsbilanzen führt zu folgenden Resultaten: (1) Die sozialwissenschaftliche Diskussion ist in zwei Debatten gespalten. Im Zentrum der ersten Debatte steht die Kontroverse zwischen der modernisierungstheoretischen These und den skeptischen bis kritischen Gegenthesen. Die zweite Debatte ist auf Steuerungsprobleme der Transformation fokussiert und wird als kritische Annäherung von Akteurstheorien und neo-institutionalistischen Ansätzen beschrieben. (2) Die Diskussion um die deutsch-deutsche Transformation findet weitgehend isoliert von der internationalen Transformationsforschung statt. (3) Die Bewertung von Prozeß, Folgen und Perspektiven der deutschen Einheit wird sowohl von der theoretischen Position als auch vom methodischen Design beeinflusst. In modernisierungstheoretischen Betrachtungen und komparativen Ansätzen fällt das Urteil alles in allem positiv aus. Steuerungstheoretische und auf den sozialen Umbruch in Ostdeutschland beschränkte Arbeiten kommen dagegen zu eher negativen Einschätzungen. Insgesamt überwiegen die zuletzt genannten Ansätze und damit auch die kritischen Thesen. (4) Die zukünftige Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Forschung zur Wiedervereinigung wird von zwei Trends bestimmt: Internationalisierung und Regionalisierung.

Inhalt

Vorbemerkung	3
I. Transformationsforschung zwischen System und Akteur	4
Systemtheoretische Ansätze - Modernisierungstheorie	4
Akteurstheoretische Konzepte	5
Die zwei Vereinigungsdebatten der Transformationsforschung	6
II. Modernisierungsdebatte	7
These von der sich stabilisierenden Transformation	7
These von einer neuen Ost-West-Kluft	9
These von der Notwendigkeit eines eigenen Weges der Ostdeutschen	10
These von der Unerläßlichkeit einer doppelten Modernisierung	11
These vom mißlungenen Institutionentransfer	11
These vom Eigensinn der Lebenswelt	12
Kompensationsthese	13
These vom subjektiven Modernisierungsvorsprung der Ostdeutschen	14
Zwischenfazit I: Modernisierungsdebatte	16
III. Zwischen Akteurstheorien und neo-institutionalistischen Konzepten	17
These vom eigendynamischen Verlauf des Transformationsprozesses	17
These von der gewollten Architektur der Unterkomplexität	18
These von den nicht-intendierten wirtschaftlichen Folgen politischen Handelns	19
These von den verpaßten Reformen	20
Kolonialisierungsthese	21
These vom privilegierten Sonderfall	22
Zwischenfazit II: Steuerungsdebatte	24
IV. Resümee	25
Literatur	27

Vorbemerkung

Alljährlich legen Politologen, Soziologen, Psychologen und Ökonomen ihre Zwischenbilanzen zur deutschen Einheit vor. Zu den Feiertagen sollen es alle wissen: Wie es um die innere Einheit steht, wie sich die Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland verändert haben, wie die Befindlichkeit der Bundesbürger ist, ob sich der Gefühlsstau der Ostdeutschen aufgelöst hat, welche Ursachen die plötzlich erwachende Nostalgie auf beiden Seiten hat, wie es um die Finanzen bestellt ist etc. Die Fülle der wissenschaftlichen Beiträge zur Vereinigung von Ost- und Westdeutschland ist groß, und mit zunehmender Menge schwindet die Übersicht.

Welches Gesamtbild ergibt sich in der sozialwissenschaftlichen Diskussion zur deutschen Einheit? Wie werden der Verlauf, die Folgen und die Perspektiven des Vereinigungsprozesses alles in allem eingeschätzt? Gibt es einen annähernden Konsens bei der Bewertung? Der vorliegende Beitrag will auf diese drei Fragen antworten. Hierzu werden ausgewählte Thesen der soziologischen und politologischen Forschung zur Wiedervereinigung Deutschlands in ihrer Gesamtheit bilanziert. Es wird eine Bilanz der Zwischenbilanzen erstellt. Auf die Vielzahl der empirischen Einzelergebnisse wird dabei nur am Rande eingegangen.

Im Verlauf der Diskussionen zum Stand der deutschen Einheit sind große theoretische Innovationen ausgeblieben. In den meisten Fällen wurde auf vorhandene Theorien aus dem Inventar der Transformationsforschung zurückgegriffen. Dieser Rückgriff erfolgte nicht aus Zeitmangel oder fehlender Kreativität. Er ist vielmehr auf das bedeutende Erklärungspotential einiger Transformationstheorien zurückzuführen. In den ersten Jahren nach der Wende erlangten modernisierungstheoretische und akteurstheoretische Ansätze eine derartige Dominanz, daß sie noch heute die sozialwissenschaftliche Diskussion um die deutsche Einheit prägen. Aus diesem Grund werden die zwei Strömungen dieser Forschungsrichtung entlang den soziologischen Paradigmen Systemtheorie und Akteurstheorie eingangs skizziert. Daran schließt sich eine Rekonstruktion der beiden aktuellen sozialwissenschaftlichen Debatten zur deutsch-deutschen Transformation an.

I. Transformationsforschung zwischen System und Akteur

Angesichts des Zusammenbruchs der sozialistischen Regimes in Ost- und Mitteleuropa waren die Herausforderungen an die Transformationsforschung enorm. Umso erstaunlicher erscheint einigen Beobachtern die Tatsache, daß bisher keine grundlegenden theoretischen Neuerungen vorgelegt wurden (Mayntz 1994; Pollack 1996b). Sicherlich erwartete niemand einen "Anti-Marx". In dem Erstaunen schwingt vielmehr die Skepsis mit, ob der Traditionsbestand der Transformationsforschung ein dem gewaltigen Bedarf angemessenes Beschreibungs- und Erklärungspotential bereitstellen könne.

Die Spanne der Transformationsforschung reicht von makrosoziologischen Systemtheorien bis zu mikrosoziologischen Akteurstheorien (vgl. Reissig 1994; von Beyme 1994b; Kollmorgen 1996). Zu den systemtheoretischen Konzepten gehören sowohl klassische modernisierungstheoretische Ansätze als auch neuere Argumentationsmuster Luhmann'scher Provenienz. Das Erkenntnisinteresse der systemtheoretischen Ansätze der Transformationsforschung richtet sich insbesondere auf die strukturellen Bedingungen des Systemzusammenbruchs und auf die Makroperspektiven der danach beginnenden Transformation. Den Gegenpol stellen mikroanalytische Akteursansätze dar, die analytische Rational Choice-Konzepte, aber auch deskriptive Akteurs- bzw. Prozeßtypologien umfassen (von Beyme 1994b: 88). Diese Forschung konzentriert sich vor allem auf idealtypische Phasen der Transformation sowie auf das strategische Handeln der (kollektiven) Akteure.

Systemtheoretische Ansätze - Modernisierungstheorie

Das modernisierungstheoretische Paradigma vereint Konzepte, in deren Mittelpunkt "strukturell-funktionale, differenzierungstheoretische und evolutionstheoretische Überlegungen" stehen (Zapf 1994: 300). Grundlegende Bedeutung besitzt die These, daß die Stabilität sozialer Systeme wesentlich vom Grad der funktionalen Differenzierung abhängig ist. Evolutionäre Universalien werden als struktureller Vorteil für die Leistungsfähigkeit und letztlich für das langfristige Überleben eines Systems angesehen. *Im Rahmen der* Transformationsforschung richtete sich das Erkenntnisinteresse anfangs vor allem auf das Ende der sozialistischen Regime, Die Nomenklatura, so das übliche Erklärungsmuster, habe die funktionale Differenzierung der Gesellschaft verhindert. Die sich daraus ergebenden Modernisierungsdefizite hätten zu bedeutenden Leistungsverlusten geführt, zur Delegitimierung des politischen Systems beigetragen und schließlich den Zusammenbruch der Regimes verursacht (Zapf 1991; Geißler 1993).

Von Vertretern einer neueren Systemtheorie wird diese These in zwei Modifikationen vorgetragen. Sie behaupten, daß die ideologisch motivierte Verhinderung sozialen Wandels zu einer enormen Erhöhung der Systemerhaltungskosten und letztlich zum Bankrott geführt habe (Sand-

Schneider 1994). In die gleiche Richtung zielt die These, daß die Dominanz des politischen Systems bzw. des politischen Codes die wesentliche Dysfunktion in den osteuropäischen Gesellschaften dargestellt habe (Pollack 1990).

An das Interpretationsmuster, daß Modernisierungsdefizite den Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaften verursachten, schließt die modernisierungstheoretische Analyse des Transformationsprozesses an. Die Transformation wird als Prozeß einer nachholenden Modernisierung charakterisiert, dessen "Ziel bekannt ist: die Übernahme, Errichtung, Inkorporation von modernen demokratischen, marktwirtschaftlichen, rechtsstaatlichen Institutionen" (Zapf 1994:301; vgl. Zapf 1991; Geißler 1993). Flankiert wird diese These vom Konzept einer weitergehenden Modernisierung (ongoing modernization) "im Doppelsinn von Richtungskonstanz und Strukturverbesserung" (Zapf 1991: 35; vgl. Zapf 1996).

Die Kritik an dieser Position entzündet sich vor allem am Universalismus des modernisierungstheoretischen Paradigmas, der zu einer unhistorischen und ethnozentrischen Perspektive verleite (Reissig 1994; Wehling 1992; vgl. Berger 1996). Darüber hinaus wird der evolutionäre Determinismus bemängelt. Die Transformation, so die Kritiker, sei keine Einbahnstraße zur Moderne, der Ausgang der gesellschaftlichen Veränderungen sei vielmehr noch offen. Aus der akteurstheoretischen Sicht wird vor allem die Subjektivität systemtheoretischer Konzeptionen beklagt. Individuelle bzw. kollektive Akteure würden nicht berücksichtigt, was einer Unterschätzung der Bedeutung ihres an Rationalitätskalkülen ausgerichteten Handelns für den Verlauf der Transformation gleichkäme (Merkel 1994).

Akteurstheoretische Konzepte

Akteurstheoretische Ansätze betrachten Transformationen als ergebnisoffene Prozesse, als einen "Übergang von einem bestimmten autoritären System zu einem unbestimmten 'something else'" (Bos 1994:84; O'Donnell/Schmitter 1986). Der Verlauf von Transformationsprozessen und damit auch deren Resultat ist vom Handeln der beteiligten kollektiven Akteure abhängig. Dazu gehören nach dieser theoretischen Perspektive zumeist nur die politischen Eliten, deren strategisches Handeln von Kosten-Nutzen-Kalkülen geleitet wird. Neben solchen Akteurstypologien und dem Rational Choice-Konzept gehören Phasenmodelle zum theoretischen Repertoire der Akteursansätze (Bos 1994). Der Transformationsprozeß wird dabei in idealtypische Phasen zerlegt beispielsweise in die Phasen der Liberalisierung, der Demokratisierung und der Konsolidierung (O'Donnell/Schmitter 1986). In jeder dieser Phasen finden Interaktionen zwischen den Akteuren statt. Je nach Strategien und Allianzen sind alternative Ergebnisse der strategischen Spiele denkbar. Die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung ist in jeder Phase erneut offen (Przeworski 1991).

Als problematisch erscheint den Kritikern der Umstand, daß die Analysen auf Prozesse der Demokratisierung beschränkt bleiben. Relevante Effekte der Privatisierung werden zumeist ausgeblendet (Srubar 1994). Ebenso kritisch wird auf die damit einhergehende Verengung der Perspektive auf die politischen Eliten hingewiesen. Die Massenbewegungen, die ganz wesentlich das Ende der DDR bewirkten (Zapf 1991), werden nicht als Akteure, sondern als situatives Hintergrundge-

rausch des strategischen Handelns der politischen Akteure gefaßt. Ein weiterer Einwand richtet sich gegen das unterstellte Rational Choice-Modell. Vor allem in Krisensituationen sei diese Annahme problematisch. Die erforderlichen Informationen stehen nicht kostenlos und vollständig zur Verfügung. Zudem sind aufgrund der Zeitknappheit eine adäquate Bewertung der vorhandenen Informationen und die Bilanzierung von Alternativen nicht möglich (Reißig 1994; Lehmbruch 1996). Ein nächster Kritikpunkt zielt auf die Aggregation der Individuen zu kollektiven Akteuren. Die Heterogenität der individuellen Rationalitätskalküle wird hierbei verwischt. Schließlich wird kritisiert, daß der Handlungsspielraum der Akteure nur durch deren Rationalitätskalkül bestimmt wird. Gesellschaftliche Konfliktstrukturen, institutionelle und internationale Kontexte spielen nur eine Nebenrolle (Lehmbruch 1996).

Die zwei Vereinigungsdebatten der Transformationsforschung

Der "Königsweg in der Transformationsforschung" entlang einer der beiden Großtheorien existiert nicht (Merkel 1994: 325ff.; vgl. Kollmorgen 1996). Beide Paradigmen haben ihre besonderen Erklärungspotentiale und ihre Defizite. Deshalb sehen einige Autoren in der Kombination der systemtheoretischen und der akteurstheoretischen Perspektive einen erfolversprechenden Weg der Transformationsforschung (Srubar 1994; Merkel 1994). Strukturalistischen Konzepten wird dabei die Vermittlerrolle zwischen System und Akteur zugeordnet.

Zu den strukturalistischen Ansätzen zählen unter anderem Klassentheorien, die betonen, daß Klassen- und Staatsstrukturen der Herkunftsgesellschaften den Verlauf von Transformationsprozessen beeinflussen (Moore 1966; Rueschemeyer/Huber-Stephens/Stephens 1992). Eine andere Strömung hebt den internationalen Kontext als bedeutenden Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung hervor. Der Erfolg des Übergangs zur Demokratie hängt nach Ansicht dieser Autoren wesentlich von internationalen Großereignissen, globalen Trends und Zyklen sowie konkreten Machtkonstellationen ab (Schmitter 1985). Generell verweisen die strukturalistischen Ansätze auf die Wahrscheinlichkeit bestimmter Korridore der gesellschaftlichen Entwicklung. Innerhalb dieser Korridore sei der Verlauf der Transformationsprozesse jedoch unbestimmt.

Eine Vermittlerrolle wird diesen strukturalistischen Konzepten vor allem deshalb zugetraut, weil sie die Begrenzung des Handlungsspielraumes der (kollektiven) Akteure herausheben. Merkel plädiert für einen Ansatz, der "funktionale Teilsystemlogiken, systemische Transformationserfordernisse, Sozial- und Machtstrukturen, Institutionen sowie den internationalen Kontext als jeweils zu konkretisierende constraints für das strategische Handeln politischer Akteure begreift" (Merkel 1994: 325f.).

Die Hoffnungen auf die Realisation eines tragfähigen integrativen Konzeptes haben sich aber bisher weder für die Osteuropaforschung noch für die Vereinigungsforschung erfüllt. Die sozialwissenschaftlichen Debatten zur deutschen Einheit sind weiterhin vom Nebeneinander von System und Akteur geprägt. Auf der einen Seite steht die Kontroverse zwischen den Verfechtern modernisierungstheoretischer Thesen und ihren Kritikern - auf der anderen Seite vollzieht sich eine moderate Annäherung von akteurstheoretischen und institutionalistischen Konzepten.

II. Modernisierungsdebatte

Die Modernisierungsdebatte findet als Kontroverse zwischen der These von einer im wesentlichen gelungenen nachholenden Modernisierung Ostdeutschlands und einer Vielzahl von Gegenthesen statt. Die Vereinigung sei bisher erfolgreich verlaufen, so die Verfechter der ersten Position, weil der Institutionentransfer schnell und effizient vollzogen wurde, die Angleichung der Lebensbedingungen weit fortgeschritten ist, die Gewinne der Einheit gegenüber den Verlusten überwiegen und sich der Transformationsprozeß zu stabilisieren beginnt (Zapf/Habich 1994, 1996).

Die Entgegnungen unterscheiden sich erheblich in ihrer theoretischen Ausrichtung und Radikalität. Es wird erstens kritisiert, daß die Angleichung der Lebensverhältnisse noch nicht vollendet sei und auch in absehbarer Zukunft nicht gelingen werde (Riedmüller 1994; Biedenkopf 1994; Miegel 1994). Zweitens wird darauf hingewiesen, daß die einfache, nachholende Modernisierung Ostdeutschlands langfristig nicht erfolgreich sein werde. Die negativen Modernisierungsfolgen, die in den westlichen Industriegesellschaften zu beobachten sind, erfordern vielmehr eine "Veränderung der Spielregeln", die nur in Prozessen einer reflexiven bzw. doppelten Modernisierung zu leisten sei (Beck 1994; Klein 1994). Weitere Einwände betonen die Diskrepanz zwischen modernisierter Systemwelt und Lebenswelt der Ostdeutschen (Offe 1991; Lepsius 1991; Woderich 1992a, 1996; Kupferberg 1994) sowie neue Ost-West-Differenzen (Fach 1995; Geißler 1995). Im folgenden werden die zentralen Thesen dieser Auseinandersetzung vorgestellt:

- These von der sich stabilisierenden Transformation,
- These von einer neuen Ost-West-Kluft
- These von der Notwendigkeit eines eigenen Weges der Ostdeutschen
- These von der Unerläßlichkeit einer doppelten Modernisierung
- These vom mißlungenen Institutionentransfer
- These vom Eigensinn der Lebenswelt (Sozialisationsthese)
- Kompensationsthese
- These vom subjektiven Modernisierungsvorsprung der Ostdeutschen.

These von der sich stabilisierenden Transformation

Zapf und Habich vertreten die These daß "sich die deutsch-deutsche Transformation fünf Jahre nach der Vereinigung zu stabilisieren beginnt" (Zapf/Habich 1995: 137). Die dramatischen Prozesse sozialen Wandels, welche die nachholende Modernisierung Ostdeutschlands begleiteten, sind teilweise beendet oder laufen weitaus langsamer ab als in den ersten Jahren. Die Autoren verweisen auf eine Reihe empirischer Resultate, die diese These belegen. Die Ost-West-Wanderung hat sich enorm verringert, der Rückgang der Geburtenziffern, der Heirats- und der Scheidungsquoten in Ostdeutschland ist gestoppt. Der Transfer der westlichen Institutionen ist abgeschlossen.

Insgesamt zieht die Mehrheit der Ostdeutschen eine positive Bilanz der Wiedervereinigung (Zapf/Habich 1996).

Auf die Frage, wie die Menschen die Umstellungsschocks verarbeiten konnten, bieten die Autoren drei Erklärungen an. Auf der Individualebene ist die Summe der seit der Wende erlebten Ereignisse positiv, zweitens verzeichnet die Mehrheit der ostdeutschen Haushalte deutliche Wohlfahrtsgewinne, und drittens führen Vergleichsprozesse alles in allem zu vorteilhaften Ergebnissen (Zapf/Habich 1995).

Zapf benennt vier Kriterien zur Untersuchung des sozialen Wandels: Tempo, Tiefgang, Richtungstreue und Steuerbarkeit (Zapf 1995). Die Bewertung der deutschen Transformation nach den ersten drei Kriterien Tempo, Tiefgang und Richtungstreue fällt insgesamt positiv aus. Im Vergleich zu den anderen ost- und mitteleuropäischen Transformationsgesellschaften wird die privilegierte Sonderrolle Ostdeutschland hervorgehoben (Rose et al. 1993; Zapf/Habich 1995; Wiesenthal 1995b). Der größte Vorteil besteht nach Auffassung der Autoren in der Änderungsgeschwindigkeit. So schnell wie Ostdeutschland habe kein anderes Land den Umbruch zur Moderne durchgestanden. Ermöglicht wurde dieses enorme Tempo durch den Transformationsmodus: Institutionentransfer mit massiven finanziellen Abfederungen der ökonomischen und sozialen Folgen. Rose betont, daß Ostdeutschland ein fertiges Institutionenset, einen "ready-made State" übernehmen konnte (Rose et al. 1993). Ostdeutschland blieben deshalb die hohen Unsicherheiten erspart, die mit dem gleichartigen Aufbau eines Rechtsstaates und einer Rechtswirtschaft verbunden sind (Rose et al. 1993: 23f.). Die privilegierte Position Ostdeutschlands offenbart sich nicht zuletzt auch bei einem Vergleich der Lebensbedingungen in den ost- und mitteleuropäischen Transformationsgesellschaften (Seifert/Rose 1994; Speder/Schultz/Habich 1996).

Die Bewertung hinsichtlich des vierten Kriteriums, der Steuerbarkeit, fällt deutlich kritischer aus. Die Autoren verweisen auf die sozialen und ökonomischen Folgen des Institutionentransfers, die "zum Teil völlig unvorhergesehen und nicht steuerbar" waren (Zapf/Habich 1995:155). Zudem habe die vereinte Bundesrepublik "durchaus Richtungsprobleme, und zwar sowohl, was ihre neue internationale Rolle angeht, als auch bezüglich der weiteren Entwicklung ihrer Basisinstitutionen selber" (Zapf/Habich 1996: 346f.). Der Prozeß der Modernisierung folge keinem evolutionären Determinismus, sondern sei ein "Kampf von Reformern und Innovatoren gegen Beharrung und Widerstand", aus dem sich langfristig das "Muster 'langer Wellen' mit ansteigendem Trend" ergebe (Zapf/Habich 1996: 14).

Ein zentrales Argument der These von der sich stabilisierenden Transformation lautet, daß der Transfer der westdeutschen Institutionenordnung zu einer Annäherung Ostdeutschlands an die alten Bundesländer führt. Diese Angleichung wurde in einer Vielzahl von empirischen Analysen auf den Ebenen der Sozialstruktur (Bertram/Hradil/Kleinhenz 1995; Diewald/Mayer 1996; Andreß 1996), der Wohlfahrtsentwicklung (Glatzer/Noll 1995; Zapf/Habich 1996) der Werte und Einstellungen (Klages/Gensicke, 1993; Häder/Häder 1995; Bertram 1995; Bürklin 1995) und der politischen Kultur (Niedermayer/von Beyme 1994) untersucht.

Bürklin, kommt in seiner Zwischenbilanz des politisch-kulturellen Wandels zu insgesamt positiven Resultaten (Bürklin 1995). Seit der Wende hätten demokratische Einstellungen in den neuen Bundesländern zunehmende Verbreitung gefunden. Der Wandel sei jedoch nicht auf Ostdeutschland beschränkt. Es gebe eine Reihe von Rückwirkungen spezifisch ostdeutscher Einstellungen auf die politische Kultur des vereinigten Deutschlands. Dies betreffe Einstellungen zur sozialen Gleichheit, zur Rolle des Staates und zur Stellung der Religion in der Gesellschaft. Noch vorhandene regionale Besonderheiten und Traditionen könnten auch zukünftig weiterbestehen und zu einer "selbstbewußten Annäherung beider Teile Deutschlands" beitragen (Bürklin 1995: 21).

These von einer neuen Ost-West-Kluft

Die pointierte Position von der alles in allem gelungenen nachholenden Modernisierung Ostdeutschlands hat eine Vielzahl von Ergänzungen, kritischen Einwänden und auch heftigen Widersprüchen auf sich gezogen. Die Einschätzung, daß sich das Leben der Ostdeutschen nach der deutschen Wiedervereinigung alles in allem verbessert hat, daß insgesamt die Gewinne gegenüber den Verlusten überwiegen, wird zwar von weiteren Studien bestätigt. Einige Autoren machen jedoch auf Phänomene einer neuen Ost-West-Spaltung aufmerksam, die mit der These von der sich stabilisierenden Transformation nur schwer zu vereinbaren sind.

Auch Geißler konstatiert eine Verbesserung der Lebensbedingungen in Ostdeutschland und damit eine Angleichung an das westdeutsche Wohlfahrtsniveau (Geißler 1995). Die Analysen zum sozialstrukturellen Wandel zeigen jedoch, daß diese Entwicklung von einer neuen Ost-West-Spaltung überlagert werde. Es sei ein "Gefälle der Unsicherheit" entstanden (Geißler 1995: 126). Zudem entwickle sich zwischen Ost und West ein neuer "regionaler Verteilungskonflikt", der auf ostdeutscher Seite von Momenten der ökonomischen, kulturellen, politischen und sozialen Deklassierung begleitet wird (Geißler 1995:132ff.). Mindestens vier Phänomene wirken hierbei konfliktverschärfend: erstens die westdeutsche Gepflogenheit, die Ost-West-Ungleichheit meritokratisch zu legitimieren. Zweitens würden die sozialen und ökonomischen Folgen der deutschen Wiedervereinigung von den Ostdeutschen als Konsequenz der Vereinigungspolitik betrachtet und nicht als Folge der verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik des DDR-Regimes. Drittens orientierten sich die Ansprüche der Ostdeutschen nur am westdeutschen Niveau und nicht an dem ihrer ehemaligen Bruderländer. Viertens verweist Geißler auf die überhöhten Erwartungen der Ostdeutschen an die westdeutsche Solidaritätsbereitschaft, was nicht zuletzt auch eine Folge der "inneren Entfremdung" zwischen Ost- und Westdeutschen sei (Geißler 1995:135ff.). Konfliktdämpfende Phänomene seien in dem Gefühl "nationaler Gemeinsamkeit und Solidarität" sowie in der "vielfältigen Brechung des Konflikts" im bundesdeutschen Institutionengefüge zu sehen (Geißler 1995: 137).

Neu entstehende Ost-West-Differenzen werden nicht nur bei Sozialstrukturanalysen beobachtet, sondern auch bei Untersuchungen der politischen und kulturellen Einstellungen. Fach lehnt Bürklins These von der Angleichung der politischen Einstellungen von Ost- und Westdeutschen entschieden ab. Es sei ganz im Gegenteil zu einer "Wiederentfremdung" gekommen (Fach 1995: 25). Der Autor stützt seine Argumentation auf drei bei den Ostdeutschen zu beobachtenden Phänomene: "vorpolitische, solidarische Praktiken", "instrumentelle Hörigkeit" gegenüber dem Staat und "kalkulierte Unverträglichkeit" gegenüber dem politischen System (Fach 1995: 25ff.). Fach konstatiert eine sich ausweitende Mentalitätslücke zwischen Ost- und Westdeutschen. Im Westen habe sich das "demokratische Credo von *output orientation* zu *system support*" entwickelt; im Osten war "*system support* (...) höchstens einen verrückten Augenblick lang zu spüren, seither schimmert immer deutlicher distanzierte *output orientation* durch" (Fach 1995:29). Analysen der Mentalitäten der Ost- und Westdeutschen kommen trotz aller aufgefundenen Gemeinsamkeiten zu dem Schluß, daß die Bundesrepublik von der inneren Einheit noch weit entfernt sei (Kaase 1996).

Winkler blendet in seinen Betrachtungen die Verbesserungen der ostdeutschen Lebensbedingungen nicht aus (Winkler 1995). Von den Ostdeutschen würden diese neuen Optionen, beispielsweise die erweiterten Konsummöglichkeiten, die Reisefreiheit und die neuen Möglichkeiten einer selbst gestalteten gesellschaftlichen Teilhabe, überwiegend angenommen und als Gewinn verbucht. Bei der Bewertung einzelner Lebensbereiche zeige sich jedoch ein heterogenes Bild. Überwiegend Gewinne würden in den Bereichen *persönliche Freiheit* und *Lebensstandard* wahr-

genommen. Dagegen dominierten in den Bereichen *Arbeit, soziale Sicherheit* und *persönliche Sicherheit* die Wahrnehmung von Verlusten (Winkler 1995: 23). Diese Erfahrungen haben deutliche Auswirkungen auf die individuellen Zukunftserwartungen. Weitere Verbesserungen werden für die Lebensbereiche *Freizeit, Wohnen, Bildung, Gesundheit und Umwelt* erhofft. Für die *Bereiche Arbeit, soziale* und *persönliche Sicherheit* sowie *Leben mit Kindern* befürchtet die Mehrheit der Befragten jedoch Verschlechterungen (Winkler 1995: 22). Winkler kommt anhand dieser empirischen Untersuchung zu einer eher skeptischen Bewertung der deutschen Einheit. Die wachsende Kritik der Ostdeutschen am Vereinigungsprozeß resultiere aus den negativen sozialen Folgen der Einheit. Es sei letztlich noch weitgehend offen, "was von den Bürgern der neuen Bundesländer tatsächlich als Fortschritt empfunden und bewertet wird" (Winkler 1995: 47).

These von der Notwendigkeit eines eigenen Weges der Ostdeutschen

Die von den Verfechtern der These einer sich stabilisierenden Transformation behauptete teilweise Angleichung der Lebensverhältnisse ist, so der Einwand anderer Autoren, nicht einmal annähernd gelungen. Das Glas sei nicht halb voll, sondern halb leer. Die Kritik gipfelt in der Forderung nach einer eigenständigen Entwicklungsperspektive für Ostdeutschland. Die Vorstellung, daß Ostdeutschland den Abstand zum Westen in einer "rasanten Aufholjagd" überwinden könne, ist nach Auffassung von Riedmüller illusionär. Ostdeutschland hätte "objektiv keine Chance, den Modernisierungsrückstand gegenüber den westlichen Ländern in einer Generation bzw. in kalkulierbarer Zeit aufzuholen" (Riedmüller 1994: 16; vgl. Nolte/Sitte/Wagner 1995; Wegner 1996). Die Alternative zu dem modernisierungstheoretisch "verengten Blick" auf die Angleichung könnte in einer größeren regionalen Eigenständigkeit bestehen. Ostdeutsche Interessen seien mit "regionalem Selbstbewußtsein" besser als bisher durchsetzbar. Gegen diese Alternative sprechen nach Auffassung der Autorin jedoch die vergleichsweise höheren Transferkosten und die dann zunehmende Abwanderungsneigung (Riedmüller 1994: 16).

Sachsens Ministerpräsident Biedenkopf (1994) greift diese These auf und führt aus, daß eine "Aufholjagd" weder aussichtsreich noch zumutbar sei. Man müsse sich fragen, ob bei den zu erwartenden sozialen, kulturellen und ökonomischen Kosten eine schnelle Angleichung überhaupt wünschenswert sei. Biedenkopf plädiert für einen "eigenen Weg" der neuen Bundesländer. Die Folgen für die politische Zielsetzung sieht er darin, das Angleichungsziel zu relativieren und einen anderen "Mix von ökonomischen und nichtökonomischen Zielvorstellungen" zu entwickeln (Biedenkopf 1994: 65). Die sensible Beachtung ostdeutscher Potentiale ermögliche die Verbesserung der Lebensbedingungen auch ohne Leistungssteigerungen, Dazu müssen jedoch "tragfähige Strukturen erhalten und nach Möglichkeit ausgebaut werden" (Biedenkopf 1994: 65).

Nach Miegel; Auffassung ist die Entscheidung, ob die Lebensverhältnisse angeglichen werden oder ob die neuen Bundesländer eigene "Voraussetzungen ihrer Existenz" entwickeln sollen, noch nicht gefallen (Miegel 1994: 8). Die Ost-West-Angleichung, falls man sich überhaupt für diese Option entscheiden sollte, könne nicht auf ökonomische und soziale Aspekte beschränkt bleiben, sondern müsse das gesamte "Menschenwerk" umfassen (Miegel 1994: 7). Den Empfängern von Transfers würde hierbei wesentlich mehr abverlangt als den Gebenden. Erstere müßten auf einen Teil ihrer Identität verzichten. Miegel plädiert in diesem Zusammenhang dafür, daß die Politik die "Neigung zur Identitätswahrung" respektieren solle (Miegel 1994: 7).

These von der Unerläßlichkeit einer doppelten Modernisierung

Vertreter dieser Position weisen nicht auf neue Ost-West-Ungleichheiten hin. Sie fordern auch keine ostdeutschen Sonderwege. Sie stellen den eingeschlagenen Modernisierungspfad generell in Frage. Ihre Kritik richtet sich vor allem gegen die Einbettung der nachholenden Modernisierung Ostdeutschlands in das Konzept einer weitergehenden Modernisierung Gesamtdeutschlands und insbesondere gegen das damit verbundene Prinzip der "Richtungskonstanz". Klein vertritt die Überzeugung, daß der Ansatz einer einfachen Modernisierung zu kurz greift (Brie/Klein 1992; Klein 1994). Die Transformation könne nur dann erfolgreich sein, wenn sie als Prozeß einer doppelten Modernisierung stattfinde. Dafür sei es notwendig, den ostdeutschen Fall "innerhalb der zeitlichen Synchronisierung und Interferenz ganz unterschiedlicher gesellschaftlicher Umbruchprozesse" zu betrachten (Klein 1994: 36). Doppelte Modernisierung bedeute "nachholende Institutionierung der evolutionsoffenen Basisinstitutionen der kapitalistischen Moderne einerseits, aber andererseits zugleich Suche nach deren eigenem einschneidenden Wandel" (Klein 1994: 40f.).

Im Mittelpunkt des Szenarios stehen die globalen Gefahren, die sich zur Zivilisationskrise verdichten. Klein verweist auf die "jüngste high-tech-Phase der wissenschaftlich-technischen Revolution", die für einen verschärften Wettbewerb sorgt, auf die "Krise des Fordismus" mit den Phänomenen Wachstumsschwäche, Massenarbeitslosigkeit, Krise der Arbeitsgesellschaft und des Sozialstaates, auf die "Kämpfe um eine neue Hegemonialkonstellation" und auf die Auswirkungen der Umbrüche in den geographisch, politisch und ökonomisch so nahen Transformationsgesellschaften Ost- und Mitteleuropas (Klein 1994: 36ff.). Daß all die Problemdimensionen noch nicht verarbeitet wurden, sei noch verständlich, bedrohlich erscheint dem Autor jedoch, "daß sie (...) in den für die reale Politik relevanten Diskursen in den verschiedenen Elitegruppen unterbelichtet sind und daß daher die Politik an erheblichen Strategiedefiziten leidet" (Klein 1994: 39).

In seinen neuesten Veröffentlichungen spitzt Klein seine Argumentation auf die "Krise des Fordismus" zu (Klein 1996). Der Untergang des Sozialismus habe die Krise der kapitalistischen Gesellschaften noch verschärft. Vor allem die "von der Existenz des Staatssozialismus ausgehenden integrativen, reformfördernden Wirkungen auf die kapitalistische Moderne" müßten kompensiert werden (Klein 1996: 35). Dafür wird ein ganzer Katalog reformerischer Maßnahmen empfohlen. Diese reichen von "Anstrengungen des Übergangs zu einer neuen zivilisationsbewahrenden Entwicklungslogik" über die Realisierung von "Wachstumschancen des Postfordismus" bis zu einer "entschiedenen Demokratisierung der gesamten Gesellschaft" (Klein 1996: 36f.). Die Chance, diese Reformprojekte in absehbarer Zeit zu realisieren, beurteilt Klein selbst allerdings eher pessimistisch.

These vom mißlungenen Institutionentransfer

Verfechter dieser Position behaupten, daß der Transfer der westdeutschen Institutionen nach Ostdeutschland gescheitert sei und leiten daraus einen generellen Revisionsbedarf modernisierungstheoretischer Erklärungen ab (vgl. Müller 1995). Die Modernisierungstheorie sei für einen kurzen Zeitraum zwar zu dem bevorzugten Interpretationsschema des Vereinigungsprozesses geworden, der Verlauf der Transformation zeige jedoch, daß der "modernisierungstheoretische

Optimismus" unangebracht war (Müller 1995: 15). Das sozialistische Erbe habe den geplanten Prozeß einer marktinduzierten Modernisierung nicht nur merklich erschwert, sondern schlichtweg blockiert. Infolgedessen konnte die Liberalisierung von Wirtschaft und Politik keine endogenen Entwicklungspotentiale freisetzen. Der wirtschaftliche und politische Aufbruch in den mittel- und osteuropäischen Transformationsgesellschaften, auch in Ostdeutschland, sei zum Stehen gekommen.

Der Verlauf der Transformation in Ostdeutschland hätte sich im Rahmen der Wiedervereinigung als privilegierter Sonderweg erweisen müssen. Zwar wurde die Umstrukturierung der ostdeutschen Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft von der Einführung der bundesdeutschen Arbeitsordnung, des bundesdeutschen Sozialversicherungssystems und einer Anschubfinanzierung begleitet. Das waren zweifellos Privilegien im Vergleich zu den anderen Transformationsgesellschaften.

Müller vertritt jedoch die These, daß nicht die Tatsache, daß Transfers geleistet wurden, von Bedeutung sei, sondern die Frage, ob diese Hilfen wirksam werden konnten. "War die ostdeutsche Gesellschaft mangels einer zivilgesellschaftlichen Infrastruktur und einer eingesessenen Unternehmerklasse überhaupt aufnahmefähig für die indirekten Steuerungsmedien und Verhaltensanforderungen entwickelter kapitalistischer Gesellschaften?" (Müller 1995: 23). Mußte man nicht mit "habituellen Widerständen, fatalistischer Passivität und einer Wohlfahrtsmentalität" rechnen (Müller 1995: 24)? Darüber ließe sich durchaus debattieren. Wichtiger ist in diesem Zusammenhang aber die Frage, warum Müller auf einer Revision der Modernisierungstheorie beharrt. Der Autor behauptet eine "erstaunliche Wahlverwandschaft zwischen dem politischen und dem theoretischen Muster" der Modernisierungstheorie (Müller 1995:33). Die Unzulänglichkeiten des politischen Vorgangs seien, so lautet Müllers Argument, mit den Schwächen des theoretischen Modells zu vergleichen. Die modernisierungstheoretische Forschung sollte deshalb die Interdisziplinarität des klassischen Ansatzes rekonstruieren. Sie sollte zudem die Illusion sich selbst organisierender Märkte aufgeben und im Rahmen interdisziplinärer Diskurse die transformations-theoretischen Themen reformulieren.

These vom Eigensinn der Lebenswelt (Sozialisationsthese)

Die These vom Eigensinn der Lebenswelt kann als handlungstheoretisch fundierte Kritik an der Vorstellung von einem weitgehend problemlosen Institutionentransfer gelesen werden. Lepsius wies bereits früh auf die Diskrepanz zwischen den aus dem Westen übertragenen Institutionen und den biographischen Erfahrungen der Ostdeutschen hin. "Zunächst (...) bestehen diese Institutionen in relativer Abkopplung von der individuellen Lebenserfahrung und biographischen Identitätsformung der Menschen, und dies umso mehr, als diese von dem so andersartigen Institutionensystem des SED-Staates geprägt wurden" (Lepsius 1991:73). Bedeutend skeptischer äußerte sich Offe, der befürchtete, daß "die in DDR-Gewässer vorgestoßenen institutionellen Schiffe der BRD dort trockenfallen oder sich festfahren werden" (Offe 1991: 79).

Woderich hebt die Bedeutung der Lebenswelt für den ostdeutschen Transformationsverlauf hervor (Woderich 1992a, 1992b, 1996). "Lebensweltliches 'Wissen' (Denken, Meinen und Glauben) stellt einen Fundus an Deutungs- und Handlungsmustern bereit, der je nach systembedingten Herausforderungen aktiviert oder stillgelegt, neu formatiert und zu neuen Figuren des

Verhaltens/Handelns gebildet werden kann" (Woderich 1992a: 58). Lebenswelten werden sozial- und kulturgeschichtlich geformt und können sich deshalb nur verhältnismäßig langsam ändern. In Phasen beschleunigten sozialen Wandels kommt es zu einer Diskrepanz zwischen Systemwelt und Lebenswelt. Die in DDR-Zeiten geprägte Lebenswelt erscheint Beobachtern heute als obsolet und dies umso mehr, als sich ein "lebensweltlicher Eigensinn" bemerkbar macht. Dieser Eigensinn kommt in Widerständen gegen den Wandel zum Ausdruck, hinter denen der Autor "stabile Muster des Wertens, Wahrnehmens und Deutens der sozialen Welt" vermutet (Woderich 1992a: 58). Phänomene dieser Art sind die "doppelte Identität" der Ostdeutschen sowie ihre charakteristischen Wertorientierungen und Mentalitäten.

Ihre besondere Relevanz erhält die These vom Eigensinn der Lebenswelt, wenn der Zusammenhang zur Änderungsbereitschaft als eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der Transformation betont wird. "Muß es nicht eine ganz große Veränderungsbereitschaft in der Bevölkerung geben, um so eine dramatische Systemtransformation zu absorbieren und sich gleichzeitig zu ihr kreativ zu verhalten?" (Kupferberg 1994: 46). Solange die lebensweltlichen Interpretations- und Handlungsmuster nicht den Anforderungen einer modernen Systemwelt entsprechen, wird es nur "wenig 'Entwicklung' oder 'Modernisierung' geben" (Kupferberg 1994: 55).

In einer Reihe von empirischen Untersuchungen wurden die Transformationspfade ganz unterschiedlicher sozialer Gruppen, beispielsweise von Lehrern und Selbständigen, verfolgt (Koch/Thomas/Woderich 1993) In den Studien zu den "Handlungs- und Deutungsmustern von Lehrern" wird die Diskrepanz von Lebenswelt und Systemwelt als "Spannungsfeld von äußerer und innerer Schulreform" untersucht (Koch/Schröter/Woderich 1994: 14). Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, daß "ein wie immer auch beschaffenes Neues einem diskreditierten Alten gegenüberzustellen, die Einführung neuer Schulstrukturen ohne Rücksicht auf deren Paßfähigkeit (...) kontraproduktiv" sei (Koch/Schröter/Woderich 1994: 70).

Insgesamt läßt sich die außerordentliche Skepsis der frühen Beiträge, etwa bei Offe, jedoch nicht mehr aufrechterhalten. Alles in allem funktionieren die transferierten Institutionen überraschend gut. Neue Relevanz erhielt die These vom Eigensinn der Lebenswelt als Erklärungsmuster für einen in Ostdeutschland beobachteten Stimmungseinbruch. Nach einer anfänglichen Euphorie würden die Ostdeutschen gegenwärtig die Marktwirtschaft und die Demokratie schlechter beurteilen als noch kurz nach der Wende. Hier zeige sich, so die mittlerweile übliche Erklärung, die revitalisierte sozialistische Lebenswelt.

Kompensationsthese

Pollack bezweifelt, daß die zunehmende Skepsis der Ostdeutschen gegenüber dem westlichen Institutionensystem nur auf die Sozialisation im SED-Staat zurückzuführen sei (Pollack 1996a). Eine so tiefe lebensweltliche Prägung, wie sie von einigen Autoren unterstellt wird, setze eine stabile und konsistente Gesellschaft voraus. Die DDR war aber alles andere als stabil und konsistent. Die wachsende Distanz zwischen den Bürgern und der Einheitspartei führte eher dazu, daß sich die Menschen verstärkt westlichen Wertvorstellungen zuwandten. Pollack greift bei seiner Argumentation das Motiv der Diskreditierung der ostdeutschen Vergangenheit auf. Die veränderten Einstellungen der neuen Bundesbürger sind auf die Folgen der Wiedervereinigung zurückzuführen. Sie sind jedoch nicht unbedingt ein Ausdruck der mit den Institutionen gemachten

schlechten Erfahrungen, sondern eher "eine direkte Folge der erfahrenen Abwertung der DDR-Vergangenheit und der erfahrenen Geringschätzung der ehemaligen DDR-Bürger" (Pollack 1996a: 16). Diese Abwertung führt Pollack auf "kommunikative Mißverständnisse" zurück. Diese hätten bei den Ostdeutschen das Gefühl erzeugt, "Bürger zweiter Klasse" zu sein. Mit der schlechteren Beurteilung der westlichen Institutionen solle die eigene Abwertung durch die Westdeutschen kompensiert werden. Der Autor sieht "die Ostdeutschen dabei, eine Sonderkultur aufzubauen mit einem starken Abgrenzungsbedürfnis gegen den Westen, ein ostdeutsches Sonderbewußtsein mit differenten Wertvorstellungen" (Pollack 1996a: 16). Nur die schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse könne diesen Trend umkehren.

Mit dieser Interpretation steht Pollack nicht allein. Die Ostdeutschen seien zu Fremden im eigenen Land geworden, so der SPD-Politiker Thierse (1994). In dem Slogan: "Es war doch nicht alles schlecht bei uns in der DDR" sieht er Momente von "trotziger Selbstbehauptung, von unbeholfener Abwehr der Entwertung des Eigenen, der Entwertung der ostdeutschen Lebensleistungen und Biographien" (Thierse 1994: 52). Zwar seien diese Nostalgie und die wachsende Ablehnung alles Westdeutschen bis hin zur Anti-West-Stimmung "ärgerlich", doch "wie denn soll man sich wehren gegen dieses zehrende Minderwertigkeitsgefühl?" (Thierse 1994: 52f.). Auch Wiesenthal bezieht dieses Argument in die Erklärung des von ihm konstatierten "Unzufriedenheitssyndroms" in Ostdeutschland mit ein. "Verletzte Selbstwertgefühle" seien die Ursache für den "kollektiven Widerspruch" der Ostdeutschen (Wiesenthal 1996b: 54).

Die Kompensationsthese steht in deutlichem Kontrast zu der modernisierungstheoretischen Position, daß der Institutionentransfer zu einer Annäherung von Ost und West geführt habe. Generell wäre dies vielleicht möglich gewesen, doch die Realisation des Vereinigungsprojektes habe das Gegenteil bewirkt. Der "lineare Institutionentransfer", so Wiesenthal, habe "nicht nur unerfüllbare Erwartungen begründet, sondern auch Innovations- und Experimentierchancen verschent" (Wiesenthal 1996b: 54). In Ostdeutschland, so die These, wird diese Ausblendung der ostdeutschen Lebenserfahrungen nicht nur als Verzicht auf endogene Entwicklungspotentiale, sondern als Abwertung erfahren. Die Konsequenz sei die wachsende Entfremdung zwischen Ost und West, die sich vorerst in der Ablehnung der westdeutschen Institutionen manifestiert.

These vom subjektiven Modernisierungsvorsprung der Ostdeutschen

Diese These richtet sich gegen die Auffassung, daß alles Ostdeutsche der Modernisierung hinderlich sei, sie bremse oder vollkommen blockiere. Sie schließt an die kurz nach der Wende geführte Diskussion um Modernisierungsdefizite und Modernisierungsvorsprünge- in Ostdeutschland an, Während damals objektive Dimensionen, wie der "Tertiärisierungsrückstand" oder der "Gleichstellungsvorsprung" der Frau (Geißler 1992; Berger 1991) betrachtet wurden, geht es einigen Autoren

heute um subjektive Faktoren (Hradil 1996; Sahner 1996). In Ostdeutschland sei zweifellos eine Reihe von subjektiven Modernisierungsdefiziten zu konstatieren. Im Vergleich zu den alten Bundesländern seien, wie die Milieu- und Lebensstilforschung belege, traditionale Milieus in einem größeren Umfang vorhanden (vgl. Vester/Homann/Zierke 1995), häusliche und bescheidenere Lebensstile seien hier weiter verbreitet (vgl. Spellerberg 1996), und das "typisch Deutsche", wie Normalitätsdruck, Innerlichkeit und patriarchalisches Staatsverständnis, käme öfter zum Ausdruck. Diese Aspekte verdichten sich zum "Bild von einem deutlichen Modernisierungsabstand des Denkens zwischen Ost- und Westdeutschland" (Hradil 1996: 67). Dieser Abstand sei durchaus problematisch, weil er den Erfolg des Modernisierungsprozesses gefährde.

Es seien aber auch Phänomene zu beobachten, die in ihrer östlichen Besonderheit geeignet erscheinen, lebensweltliche Lücken der westlichen Moderne zu füllen. Zu diesen Lücken gehören die "Mängel an Kohäsion, Gemeinsinn, Gemeinschaftlichkeit, subjektivem Sinn, Sekundärtugenden, personaler Identität und Integrität" (Hradil 1996: 70). Kompensatorische Strukturen bildeten sich im Westen nur sehr langsam heraus. Dagegen seien im Osten einige dieser Muster noch vorhanden. Besondere Bedeutung komme den gemeinschaftsbezogenen Einstellungen, der "Chaosqualifikation" der Ostdeutschen, den ökonomischen Beziehungsnetzen, privaten Netzwerken und funktionierenden Nachbarschaften sowie den regionalen Zusammengehörigkeitsgefühlen zu (Hradil 1996: 74f.). Solche Eigenheiten könnten sich bei entsprechender Beachtung durchaus als Motor der Modernisierung Ostdeutschlands herausstellen.

Zwischenfazit I: Modernisierungsdebatte

Charakteristisch für die Modernisierungsdebatte ist die mehr oder minder explizite Konfrontation zwischen der modernisierungstheoretischen These und den skeptischen bis kritischen Gegenthese. Diese Konstellation hat weitreichende Folgen für die thematische Ausrichtung der Diskussion, die theoretische Perspektive der Beiträge, die Bewertungskriterien und damit letztlich auch für die Bewertung der deutschen Wiedervereinigung.

Die differenzierteste Bewertung des Verlaufs, der Folgen und der Perspektiven der deutschen Einheit wird im Rahmen der modernisierungstheoretischen These formuliert. Die Beurteilung beruht auf mehreren expliziten Kriterien, konkret: Tiefgang, Richtungstreue, Geschwindigkeit und Steuerbarkeit des sozialen Wandels, und wird durch internationale Vergleiche gestützt. Insgesamt kommen die Autoren dieser These zu einer positiven Einschätzung, die in dem Fazit vom privilegierten Sonderweg Ostdeutschlands ihren Ausdruck findet. Die Mehrzahl der übrigen Thesen beinhaltet dagegen weitaus kritischere Urteile. Diese beziehen sich überwiegend auf einzelne Aspekte der Vereinigung, beispielsweise die Angleichung der Lebensbedingungen (Biedenkopf 1994; Riedmüller 1994) oder die Diskrepanz zwischen dem westdeutschen Institutionensystem und der ostdeutschen Lebenswelt (Woderich, 1992a}. Die Bewertungskriterien werden in den meisten Fällen nicht eindeutig ausgeführt, und die Betrachtung bleibt, von wenigen Ausnahmen etwa bei Müller (1995) oder Klein (1996) abgesehen, auf Ostdeutschland beschränkt. Bezüge zur internationalen Transformationsforschung sind nur selten vorhanden. Die Fokussierung auf den ostdeutschen Fall führt mitunter zu einer problematischen Verengung der Perspektive. Einige Autoren melden beispielsweise einen Stimmungswandel in Ostdeutschland bzw. sogar ein ostdeutsches "Unzufriedenheitssyndrom" (Pollack 1996b; Wiesenthal 1996b). Wie empirische Analysen für Ost- und Westdeutschland zeigen, handelt es sich beim Rückgang der Zufriedenheiten, der Zukunftserwartungen und der Systembewertungen jedoch um ein gesamtdeutsches Phänomen (Bulmahn/Mau 1996). Mit den auf Ostdeutschland verengten Sozialisations- und Kompensationsthesen ist diese Tatsache nicht zu erklären.

Eine Reihe der Kritiken bezieht explizit Stellung gegen die These von der nachholenden Modernisierung. Dabei kommt es, beispielsweise bei Müller (1995), zu diffusen Mischungen aus Bewertungen der realen gesellschaftlichen Entwicklungen und Theoriekritiken. Der vorherrschende kritische Bezug auf die modernisierungstheoretische Position führt zudem zu einer thematischen Verengung der Debatte. Das Handeln kollektiver Akteure und der reale Prozeß des Institutionentransfers in den unterschiedlichen Segmenten der Gesellschaft werden nur oberflächlich behandelt. In der zweiten großen Diskussionsrunde zur deutschen Einheit wird diesen Problemen mehr Aufmerksamkeit gewidmet.

Zwischen Akteurstheorien und neo-institutionalistischen Konzepten

Das große Thema dieser Debatte ist die Steuerbarkeit der deutsch-deutschen Transformation. Bei der Analyse der Voraussetzungen, des Prozesses und der Folgen des Institutionentransfers wird dieses Leitmotiv immer wieder aufgenommen. Den kollektiven Akteuren, ihren Interessen und Strategien, den Folgen ihres Handelns sowie der Akteursstruktur wird dabei eine große Bedeutung beigemessen. Die gemeinsame Annahme der einzelnen Thesen lautet, daß die Richtung des sozialen Wandels von den Entscheidungen der dominanten Akteure bestimmt wird. Das Rationalitätskalkül spielt bei der Entscheidungsfindung je nach Ansatz eine mehr oder minder wichtige Rolle. Einige Autoren konstatieren beispielsweise erhebliche Restriktionen der Handlungsrationalität und verweisen auf die hohe Komplexität, den Zeitdruck, den Entscheidungsdruck, das Informationsdefizit etc. (Lehmbruch 1994). Diese ungünstige Entscheidungssituation habe die Akteure gezwungen, auf tradierte institutionelle Lösungen zurückzugreifen, die in der Folgezeit eine nicht mehr zu stoppende Eigendynamik freisetzen (Lehmbruch 1994).

Vergleichbare Konzepte betonen die nicht-intendierten Folgen des Handelns und die sich daraus ergebenden komplexen Pfadabhängigkeiten (Seibel 1995). Alternative Untersuchungen sehen nicht in der ungünstigen Entscheidungssituation die Ursache für die aus ihrer Sicht weitgehend mißlungene Einheit, sondern in der erfolgreichen Realisierung der Interessen westdeutscher Akteure. Ihr Streben nach Besitzstandswahrung (Landfried 1995) bzw. ihre Kolonialisierungsabsichten (Dümcke/Vilmar 1995) seien das zentrale Problem der deutschen Vereinigung. Im folgenden werden die prägnantesten Thesen dieser Debatte skizziert:

- These vom eigendynamischen Verlauf des Transformationsprozesses
- These von der gewollten Architektur der Unterkomplexität
- These von den nicht-intendierten wirtschaftlichen Folgen politischen Handelns
- These von den verpaßten Reformen
- Kolonialisierungsthese
- These vom privilegierten Sonderfall.

These vom eigendynamischen Verlauf des Transformationsprozesses

Lehmbruch unterscheidet zwei Phasen der Transformation: eine Phase der Steuerung und eine Phase der Eigendynamik. In der ersten Phase sind die wesentlichen Entscheidungen "in einem stark zentralisierten und personalisierten Entscheidungssystem gefallen" (Lehmbruch 1994: 21). Die Akteure konnten ihre Handlungsfähigkeit nur durch extreme Vereinfachungen, speziell durch den Rückgriff auf ordnungspolitische Vorstellungen gewinnen. Das von der Politik ausgearbeitete Transformationsszenario sei "institutionell unterspezifiziert" gewesen (Lehmbruch 1994:23; vgl. Nolte/Sitte/Wagner 1995). Die zentrale Erklärungshypothese dieses neo-institutionalistischen Ansatzes lautet, daß "die alte Bundesrepublik gegenüber den Herausforderungen der Vereinigung

auf ihr in der Vergangenheit ausgebildetes strategisches Repertoire zurückgegriffen hat" (Lehmbruch 1996:119). Mit den Entscheidungen im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion konnte nur die generelle Richtung des sozialen Wandels in Ostdeutschland definiert werden, nicht aber die vielen verschiedenen institutionellen Optionen, die zu diesen Zielen führen können.

Infolgedessen ging in der zweiten Phase der Transformation die Möglichkeit weitgehend verloren, den Wandel strategisch zu steuern. Die starke Segmentierung der Politikfelder und die Vielfalt der Partikularinteressen der westdeutschen Akteure verstärkten die Tendenz zu einer Eigendynamik des Transformationsprozesses. Vor allem in marktfernen Sektoren konnten sich die Eigeninteressen der westdeutschen Akteure im Rahmen einer exogenen Transformation voll entfalten. Lehmbruch verweist hier auf die Entwicklungen in den Bereichen Gesundheits-, Bildungs- und Medienpolitik. Die Dominanz der westdeutschen korporativen Akteure brachte hier eine Reihe von Irrationalitäten mit sich. "Die exogene, vom Westen aus durchgesetzte Strukturveränderung in der ehemaligen DDR sollte verhindern, daß in Ostdeutschland Institutionen erhalten blieben, die später womöglich transformative Rückwirkungen auf westdeutsche Strukturen hätten haben können" (Lehmbruch 1994:33). In Sektoren, die stärker den Marktkräften ausgesetzt waren, wie beispielsweise der Agrarsektor, kam es dagegen zu Tendenzen einer endogenen Transformation. Hier konnten sich neue institutionelle Lösungen entwickeln, die zum Teil auf die westdeutschen Realitäten zurückwirken. Die Transformationsergebnisse seien alles in allem nur suboptimal ausgefallen (Lehmbruch 1994:27), Die wesentliche Ursache hierfür sei das institutionell unterspezifizierte Transformationsszenario. Darüber hinaus seien jedoch zwei Beschränkungen der Handlungsrationalität im Transformationsprozeß zu benennen: die Dominanz der westdeutschen Akteure in einem "sektoral segmentierten Entscheidungssystem" sowie der "interessenpolitische Partikularismus der nicht-staatlichen Teilnehmer der westdeutschen Akteursnetzwerke" (Lehmbruch 1994: 29).

These von der gewollten Architektur der Unterkomplexität

In ihrer Kritik des Transformationsprozesses radikalisiert Landfried die Einschätzung eines institutionell unterspezifizierten Transformationsszenarios. Sie spricht von einer "Architektur der Unterkomplexität" (Landfried 1995: 31). Die politische Klasse der Bundesrepublik habe den Verlauf der deutschen Vereinigung "mit unterkomplexen Konzepten zu steuern versucht" (Landfried 1995: 31). Die Unterkomplexität offenbare sich in dem "eindimensionalen Konzept des Institutionentransfers" sowie dem "eindimensionalen Zeitverständnis einer kurzfristigen Politik" (Landfried 1995: 48),

Beide Konzepte stünden in einem eklatanten Widerspruch zur realen Komplexität, Dynamik und Langfristigkeit des sozialen Wandels in Ostdeutschland. Die wesentliche Ursache für das Festhalten der politischen Klasse an diesen Leitbildern sieht die Autorin in deren "Interesse an Besitzstandswahrung" (Landfried 1995:32). Die Folge dieser Politik sei die Sicherung der "Kontinuität der Institutionen und Spielregeln des 'halb-souveränen Staates'" (Landfried 1995: 48). Dies könne jedoch keineswegs als Erfolg verbucht werden. Es zeuge vielmehr von der mangelnden Lernfähigkeit des Systems. Die versäumten Reformen könnten langfristig in eine schwere Krise führen. Kurzfristig habe sich diese Transformationspolitik bereits als desintegrierend erwiesen. "Dieser Desintegrationsprozeß kann als Folge einer Einigungspolitik interpretiert werden, die beim Trans-

fer westlicher Institutionen in die neuen Länder weder die Defizite der westlichen Institutionen noch die bewahrenswerten Elemente der östlichen Institutionen hinreichend berücksichtigt hat" (Landfried 1995: 50).

These von den nicht-intendierten wirtschaftlichen Folgen politischen Handelns

In seiner kritischen Betrachtung greift Seibel das Erklärungsmuster von der Pfadabhängigkeit auf. Der Verlauf der wirtschaftlichen Transformation in Ostdeutschland, so seine These, wurde nicht von "strategischen Glanzleistungen" bestimmt, sondern vielmehr von einer "Abfolge von Entscheidungssequenzen mit mittelfristigem Zeithorizont" (Seibel 1995: 249). Kennzeichnend für den Beginn der Transformation sei die "Notwendigkeit radikaler Problem Vereinfachung und politischer Komplexitätsreduktion". Die daraus resultierenden politischen Entscheidungen führten zu nicht-intendierten wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die den Entscheidungsspielraum der Akteure weiter einschränkten. Als definitiven Sündenfall der westdeutschen Transformationspolitik betrachtet Seibel den Versuch, den Strom der ostdeutschen Übersiedler mit dem Versprechen einer baldigen Währungsunion zu stoppen. Der politisch motivierte, günstige Umtauschkurs führte in Ostdeutschland zu einem wirtschaftlichen Desaster ungeahnten Ausmaßes. "Das Grundmodell der Krisenbewältigung war die 'Flucht nach vorn' bei aufwendiger politischer und sozialer Kostendämpfung" (Seibel 1995: 227).

Drei wesentliche Entscheidungen wurden in der Folgezeit hiervon beeinflusst: erstens die aus einer Position der relativen Schwäche heraus gegebene Zustimmung der Regierungskoalition zu der von den Gewerkschaften präferierten Hochlohnpolitik, zweitens die Entscheidung für die sofortige Übertragung des westdeutschen Systems der sozialen Sicherung sowie drittens die Entscheidung für eine schnellstmögliche Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft. Diese Entscheidungen waren ihrerseits mit weitreichenden Implikationen verbunden. Die Hochlohnpolitik reduzierte die ohnehin geringe Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen weiter. Aufgrund der Befürchtungen der Bundesregierung, die volle Verantwortung für die wirtschaftlichen und sozialen Folgen übernehmen zu müssen, wurden die Privatisierungsbemühungen weiter forciert. Dies wiederum ließ Sanierungskonzepte in den Hintergrund treten, was letztlich die wirtschaftlichen und sozialen Kosten des Transformationsprozesses zusätzlich erhöhte.

Die Transformationspolitik habe wirtschaftliche und soziale Folgen hervorgebracht, mit denen man nicht nur nicht gerechnet habe, sondern die dem anvisierten Ziel politischen Handelns diametral entgegengesetzt seien. Die politischen Akteure hätten sich an den Leitmustern des Nationalstaates sowie des Wohlfahrt- und Sozialstaates deutscher Prägung orientiert, "Es waren die nicht-intendierten Folgen dieser Leitorientierung, die ihre wohlfahrts- und sozialstaatliche Komponente in ihr Gegenteil umschlagen ließen" (Seibel 1994: 245). Für bemerkenswert an der deutschen Transformationspolitik hält Seibel die "Elastizität sowohl der Konsensbildungsprozesse als auch der institutionellen Differenzierung, die zur Bewältigung der nicht-intendierten wirtschaftlichen und sozialen Folgen der strategischen Richtungsentscheidungen des Jahres 1990 den entscheidenden Beitrag geleistet haben" (Seibel 1995: 249).

Diese Einschätzung wird von anderen Autoren, die auf die nicht-intendierten Folgen politischen Handelns verweisen, abgelehnt. Karl Müller kritisiert in seinen Beiträgen gerade die Inflexibilität des dominanten Transformationsmusters einer "marktinduzierten Modernisierung" (Müller 1995).

Vor allem das starre Festhalten der Politik an dieser Vision hat eine Reihe unbeabsichtigter und nicht mehr rückholbarer wirtschaftlicher Folgen hervorgebracht. Da die Politik ihre Entscheidungen als ökonomische Sachzwänge ausgegeben habe, konnte sie "die Folgeprobleme ihrer eigenen Entscheidungen nicht mehr politisch verarbeiten, sondern nur noch auf dafür im Grunde nicht zuständige Institutionen und Verbände externalisieren" (Müller 1995: 25). Die Externalisierung von Politik, von Müller als "konservative Modernisierung" bezeichnet, brachte eine "rückwirkende Dynamik" hervor, "welche die für den relativen Erfolg des westdeutschen Modells angeführten Kompromißstrukturen durch Überbeanspruchung erodiert" (Müller 1995: 28).

These von den verpaßten Reformen

Folgt man der Argumentation von Beymes, dann wird der Verlauf des deutschen Transformationsprozesses hinsichtlich der Steuerungsproblematik durch die neo-institutionalistischen Thesen von der Eigendynamik bzw. der Pfadabhängigkeit nur unzureichend charakterisiert (von Beyme 1994a; vgl. Wiesenthal 1996a). Der Staat konnte in einer Reihe von Politikfeldern, beispielsweise der Arbeitsmarktpolitik, der Schulpolitik; der Finanzpolitik und Rechtspolitik, der Verfassungspolitik etc. relativ wirksam steuern (von Beyme 1994a: 266). Überlagert wird diese Tatsache jedoch von den überaus erfolgreichen Steuerungsbemühungen parastaatlicher bzw. verbandlicher Akteure. Parastaatliche Akteure, wie die Treuhandanstalt und die Bundesbank dominierten die Privatisierungspolitik bzw. die Geldpolitik. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände beherrschten die Lohn- und die Investitionspolitik. Kassenarztverbände und Krankenkassen prägten in entscheidender Weise die Gesundheitspolitik. In diesem "Steuerungschaos" waren "Innovationen nicht zu erwarten" (von Beyme 1994a: 266). Notwendige Reformen wurden nicht durchgeführt, die Chancen für neue Lösungen wurden verpaßt. Im einzelnen verweist der Autor auf vier Gründe. Erstens standen die Akteure unter einem erheblichen Zeitdruck. Zweitens ging es im Jahr 1990 nicht nur um die Alternative, ob es Reformen geben wird oder nicht. Vielmehr wurde, etwa bei der Frage der Rückerstattung von privatem Eigentum auch eine weitere Möglichkeit diskutiert: die Wiederherstellung eines "status quo ante". Drittens handelte im Transformationsverlauf nur ein halbsouveräner Staat. Viertens verweist der Autor auf die prekäre Wissenslage. Für das Projekt der Vereinigung konnte man auf keine relevanten Erfahrungen zurückgreifen.

Bei aller Kritik am Vereinigungsprozeß, bei allem Bedauern über die verpaßten Reformen kommt von Beyme zu dem optimistischen Schluß, daß gerade in den ersten Jahren der Bundesrepublik "Non-Decisions und Reformversäumnisse" das Bild prägten und trotzdem "die Geschichte dieser Republik eine Erfolgsstory" wurde (von Heyme 1994a: 267), Notwendige Reformen wurden zwar verpaßt, die Vereinigung sei jedoch nicht verfehlt.

Weitaus schärfer beklagt Lepenies die "Folgenlosigkeit einer unerhörten Begebenheit" für Westdeutschland. "Die politische Klasse der alten Bundesrepublik hat, mit wenigen Ausnahmen, aus der Vereinigung und ihren Folgen ein Festival der Selbstbestätigung gemacht" (Lepenies 1992: 31). Verantwortlich für diese Tatsache seien jedoch auch die Ostdeutschen, die mit ihrem Politikverzicht die westliche Dominanz überhaupt zugelassen haben. Die Ursache für diesen Verzicht sieht Lepenies in der "Überpolitisierung" und "Übermoralisierung" des DDR-Regimes.

Demgegenüber verweist Jann optimistisch darauf, daß der Transformationsprozeß nach fünf Jahren keineswegs beendet sei (Jann 1995). Nach den Phasen der Übertragung der Institutionen und deren Konsolidierung sei mit einer dritten "Phase der Entwicklung" zu rechnen, in der "die etablierten Rahmenbedingungen mit eigenständigem Leben zu erfüllen, sie an vorhandene Umweltbedingungen (...) anzupassen und aus den inzwischen erworbenen Erfahrungen eigene Lehren zu ziehen" seien (Jann 1995: 57). Die These von der "Besitzstandswahrung der politischen Klasse" lehnt der Autor ab. Dies sei nicht die Ursache für den in der ersten Phase der Übertragung dominanten "Blaupausenansatz". Er verweist dagegen auf vier alternative Gründe: Problemdruck, Politikverflechtung, Angst vor Experimenten und den Einfluß der westdeutschen Berater (Jann 1995: 61).

Kolonialisierungsthese

Dümcke und Vilmar vertreten explizit die These von der Kolonialisierung Ostdeutschlands (Dümcke/Vilmar 1995). Es sei das Kalkül der westdeutschen Akteure gewesen, Ostdeutschland zu kolonialisieren. Die Autoren stützen ihre These auf die Beobachtung von vier "kolonialistischen Strukturelementen": Die Versuche einer Reform Ostdeutschlands wurden von westlicher Seite ignoriert, die DDR-Wirtschaft wurde durch die zu schnelle Währungsunion ruiniert, alle Entscheidungszentren unter westliche Kontrolle gebracht wurden, die Menschen seien von dem Umbruch, insbesondere von der Geschwindigkeit und der westlichen Dominanz überwältigt worden.

In ihren jüngsten Publikationen halten die Autoren ihre Radikalkritik am Verlauf des Vereinigungsprozesses aufrecht. Ostdeutschland sei von westdeutschen Akteuren politisch unterworfen, ökonomisch kolonialisiert und soziokulturell liquidiert worden (Vilmar/Dümcke 1996: 38ff.). Daneben verweisen die Autoren auch auf Prozesse der Demokratisierung, die zu befördern es jedoch einer "alternativen Vereinigungspolitik" bedürfe (Vilmar/Dümcke 1996: 44). Eine solche Politik müßte sich Ostdeutschland als einer weiterhin zu unterstützenden ökonomischen Sonderzone annehmen, der aufgrund der lebensweltlichen Eigenheiten weitgehende Autonomierechte zugestanden werden sollten.

Es ist eine historische Tatsache, so Brie, daß die ostdeutsche Transformation im wesentlichen als Inkorporation und Institutionentransfer stattgefunden hat (Brie 1994). Die öffentliche Vereinigungsdebatte ist von zwei konträren Interpretationen dieses einen Faktums geprägt. Während die einen den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und die Übertragung der westlichen Institutionen auf den Osten als Liberalisierung feiern, sehen andere darin den zu kritisierenden Vorgang einer Kolonialisierung (vgl. Pollack 1996b). Es wird kritisiert, daß der Liberalisierungsdiskurs nur den 'Charakter dieser Institutionen und ihres Gefüges als liberale Möglichkeitsräume' thematisiere (Brie 1994: 2). Dabei würden wichtige Fragen über die Verteilung von Macht nicht gestellt, der konkrete Kontext des Transfers ignoriert und die Angemessenheit der institutionellen Lösungen nicht problematisiert.

Der Kolonialisierungsdiskurs reflektiere dagegen die ungleiche Verteilung der Macht, die ungerechte Zuweisung von Chancen, Risiken und Bedrohungen im Transformationsprozeß. "Von diesem Standpunkt ist der Status der Ostdeutschen als abhängige und unorganisierte Minderheit Resultat einer Kolonisation. Westliche, überlegene Machtressourcen seien genutzt worden, so die Kolonialisierungsthese, um ein derartiges Repräsentationsdefizit zu erzeugen, die institutionellen

Räume für die Vertretung ostdeutscher Interessen zu versperren und sich gegen mögliche Rückwirkungen des Transformationsprozesses auf die alte Bundesrepublik abzuschotten" (Brie 1994: 8). Eine Reihe von Phänomenen, wie die Abwicklung der ostdeutschen Elite, der Verzicht auf Garantien zur Durchsetzung ostdeutscher Sonderinteressen, der Abbau von Arbeitsplätzen als akzeptierter Preis der Einheit etc., sind mit dem Paradigma der Liberalisierung unvereinbar, sondern sprechen für die Kolonialisierungsthese.

Nicht erklären könne diese These allerdings, so Brie, warum sich die Ostdeutschen in diesem Maße entmündigen ließen. Darüber hinaus wird vernachlässigt, daß die transferierten Institutionen nicht an sich Mittel der Unterwerfung sind. Drittens schließlich sei die Annahme problematisch, daß die westdeutschen Akteure bewußt eine Strategie der Kolonialisierung Ostdeutschlands verfolgt hätten. Weitaus kritischer betrachten andere Autoren die These von der Kolonialisierung Ostdeutschlands. Der Begriff der Kolonialisierung, so führt beispielsweise Schäfers aus, treffe "weder die Einstellung der Bevölkerung in den neuen Bundesländern, noch berücksichtige er die von den Bürgern Westdeutschlands aufgebrauchten Transferzahlungen" (Schäfers 1996: 117). Empirische Untersuchungen kommen dagegen zu dem Ergebnis, daß vor allem in Ostdeutschland die Neigung zur Externalisierung der Vereinigungsprobleme besonders groß sei. Stereotype "Anti-West"-Aussagen, wie "Die Deutschen im Westen haben trotz ihres Wohlstandes nicht gelernt zu teilen" oder "Die Westdeutschen haben die DDR im Kolonialstil erobert", finden bei den Ostdeutschen nach wie vor große Zustimmung (Kaase 1996: 391 ff.).

These vom privilegierten Sonderfall

Wenn man die Entwicklung in den ost- und mitteleuropäischen Transformationsgesellschaften miteinander vergleicht, so Wiesenthal, dann erscheint der ostdeutsche "Sturz in die Moderne" als "privilegierter Sonderfall" (Wiesenthal 1992, 1995b; vgl. Rose et al. 1993; Offe 1994). Die Systemintegration sei in Ostdeutschland auf hohem Niveau gelungen. Während die Institutionen- und Verwaltungssysteme in den anderen Ländern "noch mehr oder weniger starke Züge der alten Ordnung tragen, ist das institutionelle System Ostdeutschlands weitgehend konsistent reformiert" (Wiesenthal 1995b: 154). Den Erfolg führt der Autor auf das "einzigartige Projekt" (Wiesenthal 1995b: 147) einer "exogenen Transformation" (Lehmbruch 1993) zurück. "Mit den Entscheidungen von 1990 über die Inkorporation der DDR in die Bundesrepublik war einerseits die Übertragung des institutionellen Systems aus Legalnormen und eingespielten Verfahren, andererseits die Beauftragung eines Sets 'institutionalisierter' Akteure verbunden" (Wiesenthal 1995b: 146; vgl. Wiesenthal 1995a) Was auf der Ebene der Systemintegration für den schnellen Erfolg sorgte, brachte auf «der Ebene der Sozialintegration jedoch erhebliche Probleme mit. Die kritische Haltung der Ostdeutschen sei im Vergleich zu den Einstellungen in anderen Transformationsgesellschaften "von einer nachhaltigen Enttäuschung bzw. von Ablehnung der Transformation geprägt" (Wiesenthal 1995b: 154). Wiesenthal führt zur Erklärung dieses Phänomens drei wesentliche Punkte an. (1) Auf die Phase deutlicher Verbesserungen der Lebensbedingungen aufgrund von Währungsunion und Einkommenssteigerungen folgte eine momentan noch andauernde Phase, in der Probleme wie Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit als Kosten der Einheit im Vordergrund stehen. "Dieses zeitliche Verteilungsmuster von Vorteilen und Nachteilen - 'goods first, bads later' - ist die in sozialintegrativer Hinsicht ungünstigste Konstellation" (Wiesenthal 1995b: 155). (2) Die

Dominanz westdeutscher Akteure bildete die geeignete Projektionsfläche für die These von der Kolonialisierung Ostdeutschlands. (3) Schließlich verweist der Autor auf die Unzulänglichkeit der Reformdiskussion in Ost- und Westdeutschland sowie das Problem der Infragestellung der ostdeutschen Biographien und die Entwertung ostdeutscher Lebenserfahrungen. Hierbei handele es sich um wesentliche Momente der "gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit", die momentan die Sozialintegration behindern. Doch, so Wiesenthal optimistisch, ist das transformierte Institutionensystem die beste Basis für eine zukünftig gelingende Sozialintegration.

Zwischenfazit II: Steuerungsdebatte

Diese Debatte ist geprägt vom Nebeneinander neo-institutionalistischer und akteurstheoretischer Ansätze. Das allen Thesen gemeinsame Leitmotiv ist die Steuerbarkeit des Vereinigungsprozesses. Die Zwischenbilanz der Vereinigung bzw. der Vereinigungspolitik fällt überwiegend negativ aus. Die Politik habe vor allem in der Anfangsphase der Wiedervereinigung versagt. Durch ihr unbedachtes Handeln, beispielsweise bei der Festlegung des Umtauschkurses, habe sie ihren bereits schmalen Handlungsspielraum noch weiter eingeengt. Eigendynamiken und Pfadabhängigkeiten waren für den weiteren Verlauf der deutschen Einheit charakteristisch, strategische Glanzleistungen habe es keine gegeben. Die veralteten und ungeeigneten Politikentwürfe, auf die aus Zeitmangel oder aus dem Motiv der Besitzstandswahrung heraus zurückgegriffen wurde, haben zu nicht-intendierten ökonomischen und sozialen Folgen geführt. Wenn erfolgreich gesteuert wurde, dann dienten diese Bemühungen ausschließlich der Realisierung des jeweiligen Eigeninteresses. Doch nicht alle Beiträge ergehen sich in dieser massiven Kritik. Verhaltene Hoffnungen auf eine Neuauflage der bundesdeutschen Erfolgsgeschichte trotz der verpaßten Reformen lassen sich ebenso finden wie die vor diesem kritischen Hintergrund nahezu enthusiastisch anmutende Behauptung, daß die Systemintegration Deutschlands gerade wegen der externen Steuerung durch westdeutsche Akteure gelungen sei.

Von umfassenden und differenzierten Zwischenbilanzen kann alles in allem nicht die Rede sein. Die Beiträge sind zumeist auf einzelne Aspekte der Vereinigung beschränkt, beispielsweise auf die Nutzung von Reformchancen oder die Interessenpolitik der Akteure. Die außenpolitische Dimension der Wiedervereinigung bleibt, von wenigen Ausnahmen einmal abgesehen (vgl. Altenhof/Jesse 1995; Weidenfeld/Korte 1996), nahezu unberücksichtigt. Trotz deutlicher Warnungen ist diese "zweite Arena" der deutschen Einheit (Lepsius 1994) offenbar in Vergessenheit geraten. Das Handeln nicht-politischer Akteure wird nur vereinzelt konzeptionell berücksichtigt. In den meisten Beiträgen ist die Perspektive auf westdeutsche Akteure verengt. Ostdeutsche Akteure, wie die während bzw. kurz nach der Wende entstandenen Bürgerrechtsbewegungen und Parteien, die Führungsriege der Großkombinate, die Wissenschaftselite usw., kommen in den meisten Beiträgen nicht vor. Die Ursache hierfür mag in der faktischen Dominanz der westdeutschen Eliten bestehen, die jedoch ohne die Berücksichtigung der Schwäche der ostdeutschen Akteure bzw. ihres "Politikverzichts" (Lepenies 1992) unerklärlich bleibt.

Einige Thesen beruhen zudem auf unrealistischen oder einander widersprechenden Annahmen. Ein Beispiel hierfür ist die These von der "Architektur der Unterkomplexität". Auf der einen Seite wird die deutsche Vereinigung als ein höchst komplexer, äußerst dynamischer und dabei noch langfristiger Prozeß beschrieben. Andererseits wird angenommen, daß man diesen Vorgang, die "richtigen" Politikkonzepte vorausgesetzt, umfassend hätte steuern können. Die realen Steuerungsleistungen werden angesichts dieser Steuerungsillusionen vollkommen unterschätzt. Das andere Extrem ist die kolonialisierungstheoretische Annahme, die westdeutschen Akteure hätten ihre Kolonialisierungsabsichten problemlos in die Praxis umsetzen können. Hierbei werden die Steuerungsleistungen vollkommen überschätzt. Wie im Rahmen der Modernisierungsdebatte, so sind auch in dieser Diskussion international vergleichende Studien die Ausnahme, die die Regel von der auf den deutschen Fall beschränkten Forschung bestätigen.

IV. Resümee

Wenn man die verschiedenen Thesen zur Bilanz der deutschen Einheit flüchtig Revue passieren läßt, dann scheint sich die sozialwissenschaftliche Diskussion durch eine theoretische Reichhaltigkeit und ein alles in allem solides Urteil auszuzeichnen. Dieser Eindruck ist falsch. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, glänzt die Debatte weder durch theoretische Opulenz noch durch ein realistisches Gesamturteil. Die Schwachpunkte der Diskussion lassen sich in drei Stichworten zusammenfassen: Spaltung, Isolation und Negativperspektive.

Bei der Spaltung der Diskussion in zwei separate Debatten handelt es sich nicht um eine nur durch die Medien verzerrte Wahrnehmung von Extrempositionen (Pollack 1996b). Aus der Tradition der Transformationsforschung haben sich tatsächlich zwei dominante Wiedervereinigungsdebatten entwickelt. In der einen zieht eine pointierte Modernisierungsposition eine Schar kritischer Entgegnungen auf sich; die andere Diskussion verharrt in ihrer Akteursperspektive und reibt sich gelegentlich an nahestehenden neo-institutionalistischen Thesen. Die beiden so entstandenen Debatten sind weitgehend voneinander abgeschirmt. Theoretische Positionen dazwischen blieben bisher unbesetzt. Strukturalistische Ansätze sind Ausnahmeerscheinungen geblieben und konnten die von ihnen erhoffte Brückenfunktion nicht erfüllen. Das kann jedoch kaum am Forschungsgegenstand gelegen haben. Gerade der Fall der deutschen Wiedervereinigung ist aus theoretischer Perspektive hinsichtlich der Konfliktstrukturen, der internationalen Großereignisse, Trends und Zyklen ein lohnendes Feld. Doch wo sind die sozialwissenschaftlichen Studien zu den außenpolitischen Rahmenbedingungen der Einheit, ihrer historischen Einbettung in internationale Entwicklungen? Vereinzelt Bemühungen, beispielsweise Kleins These von der doppelten Modernisierung (Klein 1994) bleiben in allgemeiner Krisenrhetorik stecken und lassen konkrete Aussagen etwa zu institutionellen Lösungen vermissen. Wo sind die Analysen der ostdeutschen Bürgerbewegung, ihrer Entstehung in den achtziger Jahren, ihres kurzen Aufblühens zur Zeit der Wende und ihrer aktuellen Bedeutungslosigkeit? Könnten diese Untersuchungen nicht bedeutende Beiträge zur Erklärung des Vereinigungsprozesses leisten und so die Thesen korrigieren, die, wie beispielsweise die Kolonialisierungsthese, allein auf die Dominanz der westdeutschen Akteure setzen?

Die Isolation der sozialwissenschaftlichen Diskussion zur deutschen Einheit läßt sich auf mindestens zwei Ebenen beobachten: einer methodischen und einer diskursiven Ebene. Es ist offensichtlich, daß die Mehrheit der Thesen, beispielsweise die Sozialisierungsthese, die Kompensationsthese, die Kolonialisierungsthese usw., auf den Transformationsprozeß Ostdeutschlands beschränkt sind. Nur ein kleiner Teil nimmt auch die Entwicklungen Westdeutschlands in den Blick. Echte Raritäten sind Analysen, die den deutsch-deutschen Transformationsprozeß mit dem in anderen ost- und mitteleuropäischen Gesellschaften vergleichen. Man mag einwenden, daß die Besonderheit des deutschen Falles diese Fokussierung erlaubt oder sogar erfordert. Daß es sich bei der deutschen Wiedervereinigung um einen privilegierten Sonderfall handelt, wird aber erst in komparativen Analysen deutlich. Die methodische Enge geht mit einer diskursiven Isolation einher: hier die Diskussion zur deutschen Einheit - dort die Debatte zur Transformation der anderen ehemaligen Ostblock-Länder. Ungeachtet der gemeinsamen Wurzeln in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung nehmen sich beide Diskurse gegenseitig kaum wahr. Dieser Mangel an Kommunikation verhindert eine gegenseitige Befruchtung und ist bedauerlich.

Die beiden hier kritisierten Momente der sozialwissenschaftlichen Debatte zur deutsch-deutschen Transformation, ihre Spaltung und ihre Isolation, führen zu einer Negativperspektive. Zwar finden sich neben den vielen skeptischen bis kritischen Urteilen auch positive Einschätzungen. Alles in allem werden der Verlauf, die Folgen und die Perspektiven der deutschen Einheit jedoch negativ überzeichnet. Besonders deutlich wird dies an der akteurstheoretischen Diskussion um die Steuerbarkeit des Transformationsprozesses. Hier dominieren klar die kritischen Thesen von der Pfadabhängigkeit des Prozesses bzw. vom eigendynamischen Verlauf sowie die Thesen von der Besitzstandswahrung der westdeutschen Akteure bzw. ihren Kolonialisierungsabsichten. Breiter angelegte Analysen, die beispielsweise neben der Steuerbarkeit auch andere Bewertungskriterien wie die Geschwindigkeit des sozialen Wandels, die Verarbeitung der sozialen Folgen oder die Konsistenz der gefundenen institutionellen Gesamtlösung beachten, kommen zu günstigeren Urteilen, zumal wenn sie vergleichend angelegt sind. Es ist unverkennbar, daß die sozialwissenschaftliche Bewertung der deutsch-deutschen Transformation vom jeweiligen theoretischen und methodischen Zuschnitt der Argumentation abhängig ist. Darin liegt auch die wesentliche Ursache für die beobachtbare Ost-West-Spaltung der Einschätzungen, wie sie sich exemplarisch im Gegensatz von Modernisierungsthese und Sozialisierungsthese zeigt.

Die selektive Wahrnehmung der sozialwissenschaftlichen Bilanzen zur deutschen Einheit und ihre "weitgehende öffentliche Wirkungslosigkeit" (Pollack 1996b: 413) mag man bedauern. Problematischer sind jedoch die bisher bisher ungenutzten Potentiale theoretischer Innovationen, die sich aus der Transformation der ost- und mitteleuropäischen Gesellschaften ergeben haben. Doch sind weder diese realen gesellschaftlichen Umbrüche beendet, noch hat die Transformationsforschung das Ende ihrer Bemühungen signalisiert.

In welche Richtung wird sich die sozialwissenschaftliche Forschung zur deutschen Vereinigung entwickeln? Hier zeichnen sich zwei Trends ab: Internationalisierung und Regionalisierung. Erstens wird die zukünftige Forschung eine Tendenz der Internationalisierung, vor allem jedoch einer Europäisierung erfahren. Damit ist die Öffnung der Perspektive nach Ost- und Westeuropa verbunden. Die wachsende Zahl komparativer Studien wird einige Extrempositionen zur deutschen Wiedervereinigung relativieren helfen. Vielleicht wird es in einigen Fällen zu einem Wiederschluß an die internationale Transformationsforschung kommen. Die zweite Entwicklungslinie wird zweifellos die einer zunehmenden Regionalisierung sein. In dem Maße, wie die "alte Ost-West-Kluft" (Geißler) überwunden wird, geraten neue Differenzen auf der Ebene der Bundesländer und Gemeinden in den Blick. Die Perspektive wird sich dabei von den zu überwindenden Ungleichheiten hin zu den bewahrenswerten Unterschieden verschieben. Die Thesen von der Notwendigkeit eines eigenen Weges (Biedenkopf) weist in diese Richtung. Unterstützt wird diese Tendenz von der Neuorientierung ganzer Institute, die dann beispielsweise "Berlin - Brandenburg als sozialwissenschaftliches Experimentierfeld und Raum möglicher sozialer Innovationen par excellence" betrachten (Koch/Woderich: 1996: 14). Beide Perspektiven der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung schließen einander nicht aus. Gerade in der Verbindung von international vergleichendem und regional konzentrierten Studien konnte das theoretische Entwicklungspotential der Zukunft liegen.

Literatur

- Altenhof, Ralf, Eckhard Jesse (Hg.) 1995: Das wiedervereinigte Deutschland. Zwischenbilanz und Perspektiven. Düsseldorf: Droste Verlag
 Andreß, Hans-Jürgen (Hg.) 1996: Fünf Jahre danach. Zur Entwicklung von Arbeitsmarkt und Sozialstruktur im vereinten Deutschland. Berlin, New York: Walter de Gruyter
- Beck, Ulrich 1994: Reflexive Modernisierung. Bemerkungen zu einer Diskussion. In: Noller, Peter, Walter Prigge, Klaus Ronneberger (Hg.): Stadt-Welt: Über die Globalisierung städtischer Milieus. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 24-31
- Berger, Johannes 1996: Was behauptet die Modernisierungstheorie wirklich - und was wird ihr bloß unterstellt? In: Leviathan, 24. Jahrgang, Heft 1, S. 45-62
- Berger, Peter A. 1991: Von der Beweglichkeit in zur Beweglichkeit von Strukturen. Provisorische Überlegungen zur Sozialstrukturanalyse im vereinten Deutschland. In: Soziale Welt, 42. Jahrgang, S. 68-92
- Bertram, Hans (Hg.) 1995: Ostdeutschland im Wandel: Lebensverhältnisse - politische Einstellungen. Opladen: Leske + Budrich
- Bertram, Hans, Stefan Hradil, Gerhard Kleinhenz (Hg.) 1995: Sozialer und demographischer Wandel in den neuen Bundesländern. KSPW-Reihe: Transformationsprozesse. Berlin: Akademie Verlag
- von Beyme, Klaus 1994a: Verfehlte Vereinigung - verpaßte Reformen? Zur Problematik der Evaluation der Vereinigungspolitik in Deutschland seit 1989. In: Journal für Sozialforschung, 34. Jahrgang, Heft 3, S. 249-269
- von Beyme, Klaus 1994b: Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag
- Biedenkopf, Kurt. 1994: Die neuen Bundesländer: Eigener Weg statt "Aufholjagd". In: Dettling, Warnfried (Hg.), a.a.O., S. 62-78
- Bös, Ellen 1994: Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen, In: Merkel, Wolfgang (Hg.), a.a.O., S. 81-109
- Brie, Michael, Dieter Klein 1992: Zwischen den Zeiten. Ein Jahrhundert verabschiedet sich. Hamburg: VSA Verlag
- Brie, Michael 1994: Die Ostdeutschen auf dem Weg vom "armen Bruder" zur organisierten Minderheit? Arbeitspapier 94/4 der Arbeitsgruppe Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern der Max-Planck-Gesellschaft Berlin
- Bürklin, Wilhelm P. 1995: Die politische Kultur in Ost- und Westdeutschland: Eine Zwischenbilanz. In: Lehbruch, Gerhard (Hg.), a.a.O., S. 11-24
- Bulmahn, Thomas, Steffen Mau 1996: Zufriedenheiten und Zukunftserwartungen: Tendenz fallend. Vom Wohlstandsklima der 80er Jahre zum Problemklima der 90er Jahre. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren ISI, Nr. 16, S. 5-8
- Dettling, Warnfried (Hg.) 1994: Perspektiven für Deutschland. München: Knauer
- Diewald, Martin, Karl Ulrich Mayer (Hg.) 1995: Zwischenbilanz der Wiedervereinigung. Opladen: Leske + Budrich
- Dümcke, Wolfgang, Fritz Vilmar (Hg.) 1995: Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster: agenda Verlag
- Geißler, Rainer 1992: Die ostdeutsche Sozialstruktur unter Modernisierungsdruck. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29-30/92, S. 15-43
- Geißler, Rainer (Hg.) 1993: Sozialer Umbruch als Modernisierung. In: Geißler, Rainer (Hg.): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Opladen: Leske + Budrich, S. 63-91
- Geißler, Rainer 1995: Neue Strukturen der sozialen Ungleichheit im vereinten Deutschland. In: Hettlage, Robert, Karl Lenz (Hg.), a.a.O., S. 119-141
- Giesen, Bernd, Claus Leggewie (Hg.) 1991: Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch. Berlin: Rotbuch Verlag
- Glatzer, Wolfgang, Heinz-Herbert Noll (Hg.) 1995: Getrennt vereint. Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag

- Fach, Wolfgang 1995: Ko-Referat zu W. Bürklin: Die politische Kultur in Ost- und Westdeutschland- Eine Zwischenbilanz. In: Lehbruch, Gerhard (Hg.), a.a.O., S. 25-30
- Hader, Michael, Sabine Hader 1995: Turbulenzen im Transformationsprozeß. Die individuelle Bewältigung des sozialen Wandels in Ostdeutschland 1990-1992. Opladen: Westdeutscher Verlag Hettlage, Robert, Karl Lenz(Hg.) 1995: Deutschland nach der Wende. Fünf-Jahres-Bilanz München- Verlag C. H. Beck
- Hradil, Stefan 1996: Überholen ohne Einzuholen? Chancen subjektiver Modernisierung in Ostdeutschland. In: Kollmorgen, Raj, Rolf Reißig, Johannes Weiß (Hg.), a.a.O., S. 55-79
- Jann, Werner 1995: Politische Willensbildung und Entscheidungsstrukturen im Prozeß der deutschen Einigung - Im Osten nichts Neues? In: Lehbruch, Gerhard (Hg.), a.a.O., S. 55-71
- Kaase, Max 1996: Stichwort Innere Einheit. In: Weidenfeld, Werner, Karl-Rudolf Körte (Hg.) a.a.O. S 385-396
- Klages, Helmut, Thomas Gensicke 1993: Geteilte Werte? Ein deutscher Ost-West-Vergleich. In: Weidenfeld, Werner (Hg.): Deutschland eine Nation - doppelte Geschichte. Materialien zum deutschen Selbstverständnis. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 47-59
- Klein, Dieter 1994: Eine mehrdimensionale, kritische Deutung der ostdeutschen Transformation. In: BISS public 13, S. 33-44
- Klein, Dieter 1996: Zwischen ostdeutschen Umbrüchen und westdeutschem Wandlungsdruck. In: Kollmorgen, Raj, Rolf Reißig, Johannes Weiß (Hg.), a.a.O., S. 17-39
- Koch, Thomas, Michael Thomas, Rudolf Woderich 1993: Akteursgenese und Handlungslogiken – das Beispiel der "neuen Selbständigen" in Ostdeutschland. In: Berliner Journal für Soziologie, 3. Jahrgang, Heft 3, S. 275-291
- Koch, Thomas, Ursula Schröter, Rudolf Woderich 1994: Handlungs- und Deutungsmuster von Lehrern. In: BISS public 16, S. 13-72
- Koch, Thomas, Rudolf Woderich 1996: Transformation, Regionalität und Regionalisierung in Ostdeutschland. In: BISS public 18, S. 7-27
- Kollmorgen, Raj 1996: Schöne Aussichten? Eine Kritik integrativer Transformationstheorien. In: Kollmorgen, Raj, Rolf Reißig, Johannes Weiß (Hg.), a.a.O., S. 281-331
- Kollmorgen, Raj, Rolf Reißig, Johannes Weiß (Hg.) 1996: Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. Empirische Befunde und theoretische Ansätze. Schriftenreihe der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern, Band 8, Opladen: Leske + Budrich
- Kupferberg, Feiwei 1994: Alte Steuerungssysteme billig zu verkaufen: Veränderungsbereitschaft und Systemexport im Transformationsprozeß. In: BISS public 15, S. 45-65
- Landfried, Christine 1995: Architektur der Unterkomplexität: Politische Willensbildung und Entscheidungsstrukturen im Prozeß der deutschen Einigung. In: Lehbruch, Gerhard (Hg.), a.a.O., S. 31-54
- Lehbruch; Gerhard 1993: Der Staat des vereinigten Deutschlands und die Transformationsdynamik der Schnittstellen von Staat und Wirtschaft in der ehemaligen DDR. In: BISS public 10, S. 21-42
- Lehbruch, Gerhard 1994: Institutionen, Interessen und sektorale Variationen in der Transformationsdynamik der politischen Ökonomie Ostdeutschlands. In: Journal für Sozialforschung, 34. Jahrgang, Heft 1,5.2144
- Lehbruch, Gerhard (Hg.) 1995: Einigung und Zerfall: Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Opladen Leske + Budrich
- Lehbruch, Gerhard 1996: Die Rolle der Spitzenverbände im Transformationsprozeß: eine neo-institutionalistische Perspektive. In: Kollmorgen, Raj, Rolf Reißig, Johannes Weiß (Hg.), a.a.O., S. 117-145
- Lepenius, Wolf 1992: Folgen einer unerhörten Begebenheit: Die Deutschen nach der Vereinigung. Berlin: Siedler
- Lepsius, Rainer M. 1991: Ein unbekanntes Land. Plädoyer für soziologische Neugierde. In: Giesen, Bernd, Claus Leggewie (Hg.), a.a.O., S. 71-76
- Lepsius, Rainer M. 1994: Die Bundesrepublik- ein neuer Nationalstaat? In: Berliner Journal für Soziologie, 4. Jahrgang, Heft 1,5.7-12

- Mayntz, Renate 1994: Die deutsche Vereinigung als Prüfstein für die Leistungsfähigkeit der Sozialwissenschaften. In: BISS public 13, S. 21-24
- Merkel, Wolfgang 1994: Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung? In: Merkel, Wolfgang (Hg.), a.a.O., S. 303-331
- Merkel, Wolfgang (Hg.) 1994: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen: Leske + Budrich
- Miegel, Meinhard 1994: Wie realistisch und wünschenswert ist die Angleichung der Lebensverhältnisse in West und Ost? In: BISS public 14, S. 5-9
- Moore, Barrington 1966: Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag
- Müller, Klaus 1995: Der osteuropäische Wandel und die deutsch-deutsche Transformation. Zum Revisionsbedarf modernisierungstheoretischer Erklärungen. In: Schmidt, Rudi, Burkhard Lutz (Hg.): Chancen und Risiken der industriellen Restrukturierung in Ostdeutschland. Berlin: Akademie Verlag, S. 1-42
- Niedermayer, Oskar, Klaus von Beyme (Hg.) 1994: Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Berlin: Akademie Verlag
- Nolte, Dirk, Ralf Sitte, Alexandra Wagner (Hg.) 1995: Wirtschaftliche und soziale Einheit Deutschlands. Eine Bilanz. Köln: Bund-Verlag
- O'Donnell, Guillermo, Philippe C. Schmitter 1986: Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies. Baltimore
- Offe, Claus 1991: Die deutsche Vereinigung als natürliches Experiment. In: Giesen, Bernd, Claus Leggewie (Hg.), a.a.O., S. 77-86
- Offe, Claus 1994: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag
- Peter, Lothar 1994: Kritische Anmerkungen zur modernisierungstheoretischen Interpretation des Umbruchs- und Transformationsprozesses in Ostdeutschland. In: BISS public 13, S. 11-20
- Pollack, Detlef 1990: Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR. In: Zeitschrift für Soziologie, Heft 4, S. 292-307
- Pollack, Detlef 1996a: Alles wandelt sich, nur der Ossi bleibt stets der gleiche? In: Frankfurter Rundschau vom 29. Juni 1996, Nr. 149, S. 16
- Pollack, Detlef 1996b: Sozialstruktureller Wandel, Institutionentransfer und die Langsamkeit der Individuen. Untersuchungen zu den ostdeutschen Transformationsprozessen in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, der Zeitschrift für Soziologie und der sozialen Welt. In: Soziologische Revue, 19. Jahrgang, S. 412-429
- Przeworski, Adam 1991: Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America. New York
- Reißig, Rolf 1994: Transformation - Theoretisch-konzeptionelle Ansätze und Erklärungsversuche. In: Berliner Journal für Soziologie, Band 4, Heft 3, S. 323-343
- Riedmüller, Barbara 1994: Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland - Interessenlagen und Interessengruppen. In: BISS public 14, S. 11-21
- Rose, Richard, Wolfgang Zapf, Wolfgang Seifert, Edward Page 1993: Germans in Comparative Perspective. Studies in Public Policy, No 218, Glasgow: Centre for the Study of Public, Policy
- Rueschemeyer, Dietrich, Evelyne Huber-Stephens, John D. Stephens 1992: Capitalist Development & Democracy. Cambridge: Polity Press
- Sahner, Heinz 1996: Soziale Voraussetzungen für die Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland. Arbeitskultur: Ost- und Westdeutschland im Vergleich. In: Köhler, Claus, Rüdiger Pohl (Hg.): Aspekte der Transformation in Ostdeutschland. Berlin: Duncker & Humblot, S. 149-162
- Sandschneider, Eberhard 1994: Systemtheoretische Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung, In: Merkel, Wolfgang (Hg.), a.a.O., S. 23 - 45
- Schäfers, Bernhard 1996: Ambivalenzen des Einigungsprozesses: Integration und Differenzierung. In: Gegenwartskunde 1/1996, S.113-143

- Schmitter, Philippe C. 1985: The Consolidation of Political Democracy in Southern Europe and Latin America. Ms. EUI Florenz
- Seibel, Wolfgang 1995: Nicht-intendierte wirtschaftliche Folgen politischen Handelns. Die Transformationspolitik des Bundes in Ostdeutschland seit 1990. In: Seibel, Wolfgang, Arthur Benz (Hg.): Regierungssystem und Verwaltungspolitik. Opladen: Westdeutscher Verlag, S.216-251
- Seifert, Wolfgang, Richard Rose 1994: Lebensbedingungen und politische Einstellungen im Transformationsprozeß. Ostdeutschland und Osteuropa im Vergleich. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Paper P 94-104
- Spéder, Zsolt, Annett Schultz, Roland Habich 1996: Soziale Ungleichheit in der ostmitteleuropäischen Transformation. In: Glatzer, Wolfgang, Gerhard Kleinhenz(Hg.): Wohlstand für alle? Opladen: Leske + Budrich, S. 341-417
- Spellerberg, Annette 1996: Soziale Differenzierung durch Lebensstile. Eine empirische Untersuchung zur Lebensqualität in West- und Ostdeutschland. Berlin: edition sigma
- Srubar, Ilja 1994: Variants of the Transformation Process in Central Europe. A Comparative Assessment. In: Zeitschrift für Soziologie, 23. Jahrgang, Heft 3, S. 198-221
- Thierse, Wolfgang 1994: Fremde im eigenen Land. Nach der Einheit die Entfremdung? In: Dettling, Warnfried (Hg.), a.a.O., S. 51-61
- Vester, Michael, Michael Homann, Irene Zierke (Hg.) 1995: Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung. Köln: Bund Verlag
- Vilmar, Fritz, Wolfgang Dümcke 1996: Kritische Zwischenbilanz der Vereinigungspolitik - Eine unerledigte Aufgabe der Politikwissenschaft in: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 40/95, S. 35-45
- Wegner, Manfred 1996: Die deutsche Einigung oder das Ausbleiben des Wunders. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/96, S. 13-22
- Wehling, Peter 1992: Die Moderne als Sozialmythos. Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Modernisierungstheorien. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag
- Weidenfeld, Werner, Karl-Rudolf Körte (Hg.) 1996: Handbuch zur deutschen Einheit. Frankfurt am Main: Campus Verlag
- Wiesenthal, Helmut 1992: Sturz in die Moderne. Der Sonderstatus der DDR in den Transformationsprozessen Osteuropas. In: Brie, Michael, Dieter Klein (Hg.), a.a.O., S. 162-188
- Wiesenthal, Helmut (Hg.) 1995a: Einheit als Interessenpolitik. Studien zur sektoralen Transformation Ostdeutschlands. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag
- Wiesenthal, Helmut 1995b: Die Transformation Ostdeutschlands: Ein nicht ausschließlich privilegierter Sonderfall der Bewältigung von Transformationsproblemen. In: Wollmann, Hellmut, Helmut Wiesenthal, Frank Bönker (Hg.), a.a.O., S. 134-159
- Wiesenthal, Helmut 1996a: Einheitsmythen. Zur kognitiven "Bewältigung" der Transformation Ostdeutschlands. In: Clausen, Lars (Hg.): Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag, S. 563-579
- Wiesenthal, Helmut 1996b: Die neuen Bundesländer als Sonderfall der Transformation in den Ländern Ostmitteleuropas. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/96, S. 46-54
- Winkler, Gunnar (Hg.) 1995: Sozialreport 1995, Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern Berlin: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin Brandenburg e. V.
- Woderich, Rudolf 1992a: Eigensinn und Selbstbehauptung in der Lebenswelt, In BISS public 8, S. 55-66
- Woderich, Rudolf 1992b: Mentalitäten im Land der kleinen Leute. In: Thomas, Michael (Hg.): Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß. Berlin: Akademie Verlag, S.76-90
- Woderich, Rudolf 1996: Peripherienbildung und kulturelle Identität. In: Kollmorgen, Raj, Rolf Reißig, Johannes Weiß (Hg.), a.a.O., S. 81-99
- Wollmann, Hellmut, Helmut Wiesenthal, Frank Bönker (Hg.) 1995: Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs. Leviathan, Sonderheft 15
- Zapf, Wolfgang 1991: Modernisierung und Modernisierungstheorien. In: Zapf, Wolfgang (Hg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag, S. 23-39

- Zapf, Wolfgang 1994: Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung. In: Berliner Journal für Soziologie, 4. Jahrgang, Heft 3, S. 295-305
- Zapf, Wolfgang 1995: Zwei Geschwindigkeiten in Ost- und Westdeutschland. In: Holtmann, Everhard, Heinz Sahner (Hg.): Aufhebung der Bipolarität. Veränderungen im Osten - Rückwirkungen im Westen. Opladen: Leske + Budrich, S. 69-81
- Zapf, Wolfgang 1996: Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung. In: Leviathan, 24. Jahrgang, Heft 1, S. 63-77
- Zapf, Wolfgang, Roland Habich 1994: Die Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. In: Dettling, Warnfried (Hg.), a.a.O., S. 175-204
- Zapf, Wolfgang, Roland Habich 1995: Die sich stabilisierende Transformation -ein deutscher Sonderweg? In: Rudolph, Hedwig (Hg.): Geplanter Wandel, ungeplante Wirkungen. Handlungslogiken und -ressourcen im Prozeß der Transformation. WZB-Jahrbuch 1995. Berlin: edition sigma, S. 137-159
- Zapf, Wolfgang, Roland Habich(Hg.) 1996: Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität. Berlin: edition sigma

